



NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN

Informationsbüro Nicaragua e.V.



WO LIEGT NICARAGUA?

*Es liegt überall dort,
wo die Vereinigten Staaten Geheimdienstleute einschleusen
zur Verteidigung der Freiheit der freien Welt.
Und weil Nicaragua überall ist, darum muß man
endlich überall etwas von Nicaragua wissen:
Daß es in aller Welt um Nicaragua geht,
und daß es in Nicaragua um alle Welt geht,
und daß man Nicaragua überall helfen muß
gegen Reagan und Weinberger und ihre Agenten und Söldner
und nicht vergessen soll, daß der Internationale Gerichtshof
im Haag die Vereinigten Staaten verurteilt hat
als Angreifer und Verleiter des Völkerrechtes,
als das, was man Kriegsverbrecher genannt hätte und
Friedensverbrecher, wenn die Vereinigten Staaten
etwas kleiner wären und nicht so mächtig.
Und weil Nicaragua überall ist, darum stehen die Menschen
überall, wo sie für Nicaragua stehen,
auch für sich selbst und für ihre eigenen Kinder,
für ihr Leben und gegen ihren Tod.*

*Und wer in Deutschland am Leben bleiben will,
soll bedenken:*

*Nicaragua liegt in der Bundesrepublik Deutschland,
die alle Hilfe für Nicaragua gesperrt hat,
die aber Geld schickt an die Mörderbanden der Contras.
Nicaragua liegt in Deutschland, das Asylanten
in ihre Herkunftsänder abschiebt zu Tod und Folter,
als wären noch nicht genug Todestransporte gerollt
über deutsche Geleise
zur Erledigung jenseits der Grenzen.*

Erich Fried

Ausschnitt aus dem Gedicht „Wo liegt Nicaragua?“ von Erich Fried.
Das Gedicht gibt es auch als Schmuckposter im Format A1 (DM 5,00).
Bezug: Edition Nahua, Hofsaue 51, 5600 Wuppertal 1.

Inhalt

Die Kampagne „Nicaragua muß überleben“	2
Die täglichen Mühen Alltag in der Hauptstadt Managua	8
Die Überlebensstrategie Nicaraguas im Jahre 1987	14
Die Contra und ihre Gönner in der BRD	21
Die Politik der BRD gegenüber Zentralamerika	25
Materialhinweise	30
Spenden für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“	31
Spenden für die Arbeit des Informationsbüro Nicaragua	32

Foto Umschlagseite: Tellez/Steenbock
1. Auflage 1987

Alle Rechte vorbehalten

Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofsaue 51, D - 5600 Wuppertal 1
Tel.: 0202 / 493 63 05, Telex: 8591746 nica d

Die Autoren der Beiträge in diesem Heft sind Mitarbeiter im Informationsbüro Nicaragua
und dort zu erreichen.

Die Kampagne NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN

Nicaragua debe sobrevivir – Nicaragua muß überleben, Nicaragua soll leben. Das ist nicht nur ein Motto oder eine Parole, sondern es ist die Realität eines Volkes, das leben möchte, das seine Vorstellungen von einem menschlicheren Leben in Frieden und Freiheit entwickeln möchte. Dazu gehören:

- die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln für alle;
- die kostenlose medizinische Versorgung für alle;
- das Recht für alle Kinder und Erwachsenen, zur Schule gehen zu können;
- die Möglichkeit für die Bauern, das Land, das sie bearbeiten, auch selbst zu besitzen;
- die Beteiligung aller Sektoren (Bauern, Frauen, Jugendliche, Christen, ethnische Minderheiten u.a.) an den Veränderungen im neuen Nicaragua wie Wahlen, Verfassung, Autonomie, Agrarreform, Lohnpolitik, Selbstverteidigung.

Das alles und viele andere konkrete Errungenschaften der Revolution sind heute gefährdet.

Um Nicaragua und seinen revolutionären Prozeß zu vernichten, finanziert die US-Regierung mit inzwischen über 500 Mio. US-Dollar einen Krieg von Söldnern und Terroristen, der den Aufbau des Landes zerstören soll und dem nicaraguanischen Volk viel Leid zugefügt hat: Finanzielle Verluste in Höhe der Exporterlöse dreier Jahre und 35.500 verwundete, ermordete und verschwundene Menschen, vor allem unbewaffnete Zivilisten, Frauen und Kinder. Verschärft wird diese Situation durch den von der US-Administration verhängten Handelsboykott, die Sperrung von Krediten an Nicaragua und den Versuch, durch Unterstützung der rechten Opposition Nicaragua von innen her zu destabilisieren. Die Bundesregierung hat bisher den Aggressionskurs der USA unterstützt. Sie hat die Entwicklungshilfe für

Nicaragua noch weiter eingeschränkt und rechtfertigt politisch die Aggressionspolitik.

Kein Land, besonders nicht Nicaragua als kleines, abhängiges und armes Land, kann solche massiven Maßnahmen ohne katastrophale Wirkungen aushalten. Wahr gelingt es heute mit großen Schwierigkeiten, die grundlegendsten Bedürfnisse im Bereich der Nahrungsmittelversorgung, des Gesundheits- und Landwirtschaftsbereichs zu befriedigen, aber es ist nicht möglich, alle Anforderungen abzudecken. So sind zunehmend die Projekte im Bereich der Verbesserung der sozialen Situation der Bevölkerung gefährdet.

Die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ ist eine weltweite Kampagne, die zum Ziel hat, die Finanzierung dieser benötigten Güter möglich zu machen. Der Inhalt der Kampagne ist aber nicht nur die materielle Unterstützung Nicaraguas. Es geht auch darum, der Weltöffentlichkeit klarzumachen, warum Nicaragua auf diese Weise Güter für den Grundbedarf importieren muß. Die Öffentlichkeit muß begreifen,

- warum Nicaragua z.B. Stoffe nicht selbst produzieren kann, obwohl es doch Baumwolle exportiert (frühere und jetzige Abhängigkeit von den Industrieländern);
- was der ständige Devisenmangel, die Politik der Weltbanken, die US-Aggression und die Politik der BRD-Regierung für dieses kleine Land bedeuten.

Die Kampagne stellt eine Unterstützung für das Überleben Nicaraguas mit seinen revolutionären Projekten und die sozialen Errungenschaften der Revolution dar.

Außerdem ist Nicaragua nicht mehr nur ein kleines Land in Mittelamerika. Nicaragua ist auch ein Testfall dafür, ob ein kleines Volk in der dritten Welt einen eigenen, revolutionären Entwicklungsweg gehen kann oder ob sich die Machtpolitik der USA und ihrer Verbündeten durchsetzt und ein solches Modell mit allen ihnen zur



Foto: Telez/Steenbock

Die Contra hat ihre Kooperative zerstört

Verfügung stehenden Mitteln zerstören kann.

Wer dies versteht, wird konsequenterweise daran arbeiten, in seinem Land dieser ungerechten und inhumanen Weltordnung etwas entgegenzusetzen.

Was ist die Kampagne?

Von den Basisorganisationen wurden die Güter aufgelistet, die am dringlichsten benötigt wurden. Diese Listen werden von der Koordinationsstelle in Nicaragua überarbeitet. Im Moment hat der ländliche Bedarf absolute Priorität. Er wird gefolgt von Baumaterial, Material für Kleinindustrie (z.B. Stoffe für Kleidung), Material für Gesundheits- und Bildungssektor. Für die Verteilung der Güter sind primär die jeweiligen Regionalregierungen zuständig, die auch den Transport der Waren von den Häfen aus organisieren. Eine Ausnahme bilden die Materialien für das Gesundheits-

wesen und das Schulmaterial. Diese werden von den entsprechenden Ministerien verteilt.

Die Kampagne in der BRD

Im Dezember 1985 wurde von verschiedenen Gruppen ein Koordinierungsausschuß beschlossen, um die Arbeit und die Aktionen für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ zu koordinieren. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus dem Informationsbüro Nicaragua e.V. in Wuppertal, der Wirtschaftsstelle der Evangelischen Missionsgesellschaften (EM) in Hamburg und der Botschaft von Nicaragua in Bonn.

Man kam überein, die notwendigen Geldmittel zu sammeln, um die größtmögliche Menge der auf der Liste aufgeführten Güter kaufen zu können. Es wurde beschlossen, keine Materialien, sondern nur Gelder zu sammeln u.a. wegen folgender Vorteile:

man vermeidet, daß die Gruppen die Artikel lagern müssen, bis sich gewisse Mengen angesammelt haben, und die Gruppen brauchen sich nicht um den Transport zu kümmern. Zudem kann so verhindert werden, daß verschiedene Gruppe die gleichen Artikel beschaffen. Außerdem können so die Artikel möglichst billig und en gros beschafft werden.

Im Rahmen des letzten Nicaragua-Bundestreffens im Dezember 86, an dem die große Mehrheit aller Gruppen teilnahm, wurde über den Stellenwert der Kampagne für die Solidaritätsbewegung in der BRD folgender Konsens erzielt:

- die Kampagne behindert nicht die Projekt- und Brigadenarbeit oder die Städtepartnerschaften. Sie ist eine zusätzliche Anstrengung der Soli-Bewegung. Es kann daher nicht darum gehen, schon bestehende Projekte aufzugeben, sondern neue Projekte sollen nicht ohne Absprache mit den entsprechenden nicaraguanischen Stellen begonnen werden und Kleinstprojekte sollen vermieden werden.

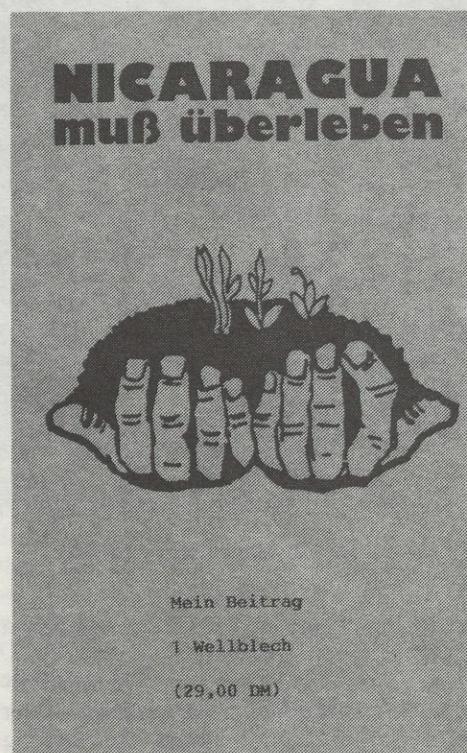
- Die Kampagne ist gedacht als gemeinsamer Bezugsrahmen für die arbeitenden Gruppen, also nicht als eine Aktion neben anderen. Durch ihre langfristige Handlungsperspektive bietet sie die Gelegenheit, mit anderen Gruppen und Gruppierungen zusammenzuarbeiten und so die politische Basis zu verbreitern. Veranstaltungen zu der Kampagne sollten Veranstaltungen zu inhaltlichen Themen sein, da es um politische Überzeugungsarbeit geht.

Die Umsetzung der Kampagne

Vor Ort wurden in verschiedenen Städten breite Aktionsbündnisse gebildet, um über die Kampagne zu diskutieren und über die praktische Umsetzung gemeinsam zu entscheiden. Verschiedene Ideen sind im Rahmen der Umsetzung der Kampagne entstanden. Davon einige Beispiele:

Der Arbeitskreis aus Troisdorf hat Zettel in Form von Quittungen als Blöckchen

gedruckt und Spendern gegeben. Die Relation zwischen Spende und Spendern soll dadurch transparenter gemacht werden. Für jede Form der Sachspende wurde eine andere Farbe gewählt.



Unter dem Motto „Gegen die 100 Millionen Contra-Dollars 100.000 DM für den Aufbau Nicaraguas“ wurden in Hamburg Unterschriften gesammelt, deren Sinn es ist, „die Unterschrift als Ausdruck politischer Überzeugung mit einer Klein-spende von 3,-DM zu verbinden. Durch das Sammeln von Unterschriften ergibt sich die Möglichkeit der Diskussion mit den Unterzeichnern, was eine Öffentlichkeitsarbeit gegen die Verleumdung Nicaraguas von rechts beinhaltet.“ 4000 Unterschriften sind bereits gesammelt worden. Außerdem hat man einen Aufruf von Hamburger Prominenten und Unterstützungsgruppen unterzeichnet, sowie Feuerzeuge und Kalender hergestellt und verkauft. Die Aktionen und

die politische Arbeit sind von ca. 20 Nicargaua-Gruppen, Initiativen und Parteien in irgend-einer Form getragen worden; dabei wurden bereits über 100.000 DM gesammelt.

Die Betriebe für Umweltschutzpapier (VUP) haben in Koordination mit dem Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal die Aktion „Schulhefte für Nicaragua“ ins Leben gerufen. Briefblöcke (A4, 25 Blatt), Briefumschläge (Cb à 25 Stück), Spiralblöcke (A4, 32 Seiten) wurden in Umweltschutzpapier gedruckt. Zwischen 0,25 und 0,90 DM werden von dem Erlös abgezweigt und für die Finanzierung von Bleistiften, Papier oder Schulheften für Nicaragua gespendet.

In Bremen ist ein breites Aktionsbündnis entstanden, das zwischen April und Juni d.J. ein umfassendes politisch-kulturelles Programm zu Nicaragua und Mittelamerika durchführte. Hier haben wir Veranstaltungen wie:

- Nicaragua Solidarität und 1. Mai: Info-stand, Unterschriftenkampagne, nicaraguanisches Essen in vier verschiedenen Maizelten.
- Contra in der BRD. Wer unterstützt die Contra von der BRD aus?
- Flüchtlingslager in Honduras. Bericht über die Flüchtlingssituation in El Salvador und Honduras.
- Guanaco. Theater aus El Salvador.

Bis Ende April 1987 sind in der BRD etwa 650.000,-DM gesammelt worden. In Nica-

ragua sind bisher 11.000 Zinkwellbleche, 100.000 Bleistifte, 50.000 Schulhefte und 100.000 DM in Medikamenten (Vitaminen, Choraphenicol), medizinische Sonden und Drainagen etc. eingetroffen.

Was haben diese Spenden bewirkt?

Die Zinkwellbleche wurden alle an Bauern-familien verteilt, die auf Grund des Krieges in der Region 5 (Nueva Guinea, Boaco, Chontales) evakuiert worden sind. Lassen wir die Betroffenen sich äußern:

„Vor dem Hintergrund der Kriegssituation ergab sich die Notwendigkeit, einige Leute umzusiedeln, die in den Bergen lebten. Aus verschiedenen Gründen wurden sie Opfer der Contra-Banden. Sie waren gezwungen, ihnen zu essen zu geben (den Contras), mit ihnen zusammen zu leben, andere wurden von ihren Familien weg entführt, mußten mit in die Berge – unzählige Probleme also. Diese Situation schuf die Notwendigkeit, einige Leute dort herauszuholen. Sie lebten mit einer unsicheren Zukunft, denn die Programme der Revolution konnten nicht bis dorthin gelangen: Gesundheit, Erziehung, elektrisches Licht - alle diese Dinge, die die Revolution der Bevölkerung mit den Beschränkungen, die uns der Krieg aufzwingt, zu bieten versucht“, so meint Alfonso Castillo, Koordinator einer Umsiedler-Gruppe.

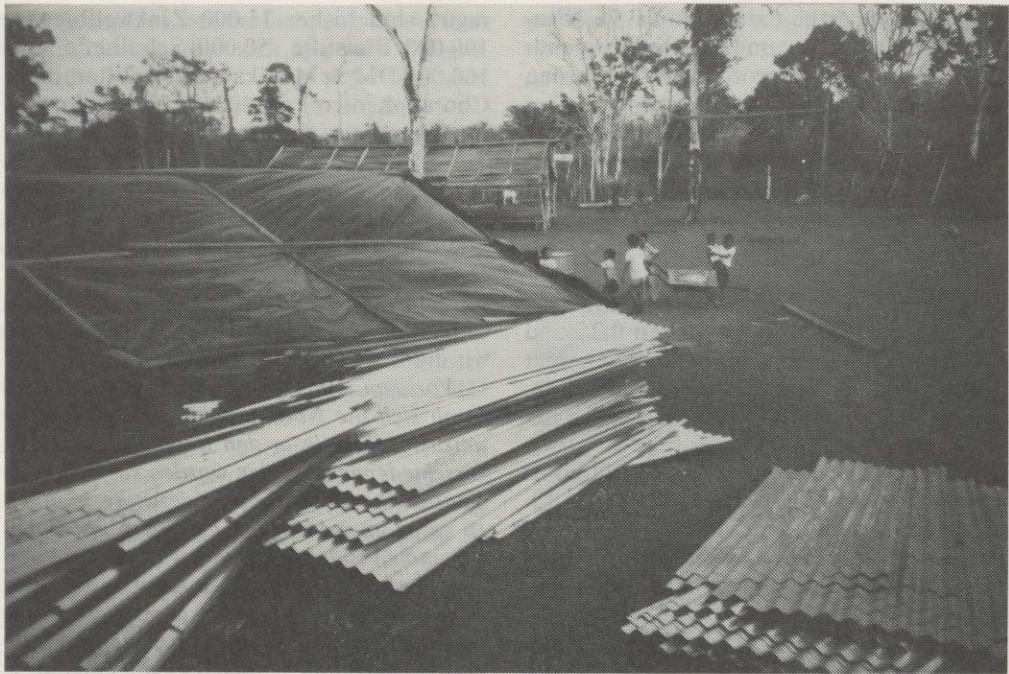
Aus einem Bericht über die Fahrt zu den Asentamientos der Evakuierten südlich von

Adressen dieser Gruppen

Verbund Selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier (VUP)
c/o Blätterwald e.G.
Niederurseler Str. 5
6370 Oberursel 5
oder
PAPYRUS
Riedingerstr. 24 F 16b
8900 Augsburg

Nicaragua Verein Hamburg e.V.
Nernstweg 32
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/39 44 04

AK Nicaragua-Troisdorf
c/o Wolf Krämer
Denglerstraße 4
5300 Bonn-Bad Godesberg



Eine neue Siedlung entsteht. Die Zinkbleche wurden durch die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ finanziert.

Nueva Guinea, verfaßt von Monika Pepping, Koordinatorin der laufenden Kampagne aus dem Informationsbüro Wuppertal: „Sie sollen in verschiedenen, teils neuen, teils bereits existierenden *asentamientos* (Siedlungen) neu angesiedelt werden. Diese *Asentamientos* liegen durchweg in der Nähe von Nueva Guinea, der Bezirkshauptstadt, bzw. den umliegenden Siedlungen, so daß ein Minimum an Sozialleistungen wie z.B. Gesundheitsversorgung, Erziehung (Schulen), aber auch agrartechnische und -ökonomische Beratung gewährleistet sind (sofern es der Krieg in dieser Gegend erlaubt). Die Evakuierung der Bevölkerung erfolgte auf freiwilliger Basis. Wer dableiben wollte, konnte das tun. Etwa einen Monat vor Beginn der eigentlichen Evakuierung begab sich eine Gruppe von Sandinisten in dieses Gebiet, um von Haus zu Haus zu gehen, mit den Leuten zu reden, ihnen den Evakuierungsplan sowie die Möglichkeiten zu erklären, die sie im

Falle einer Umsiedlung haben. Man muß sich dabei vorstellen, daß zwischen den einzelnen Siedlungen und *Fincas* z.T. zwei bis drei Tagesmärsche liegen...

Die Mängel oder Bedürfnisse, die in den *asentamientos* immer wieder geäußert wurden, wurden uns auch von den politischen Verantwortlichen auf „höherer“ Ebene bestätigt: es fehlen Zinkbleche (allein für diese Umsiedlungsaktion werden schätzungsweise 25.500 Zinkbleche benötigt), Gummistiefel und Kleidung.

In Bezug auf die Kleidung jedoch baten sie keine fertigen Kleidungsstücke zu schicken, sondern Stoffe. Denn, so sagten sie, in Nueva Guinea gibt es eine Frauen-Nähkooperative, deren einziges Problem die „*materia prima*“ ist, die „Rohstoffe“. Sie nähen Kleidung, die sie zu angemessenen Preisen an die Campesinos und Kooperativen der Umgebung verkaufen. Dummerweise reicht die inländische Stoffproduktion bei weitem nicht aus, den Bedarf zu decken.“

Foto: Monika Pepping/Archiv Infobüro



Ein neuer Anfang

Foto: Tellez/Steenbock

Von den ca. 2000 Familien, (man rechnet dort mit durchschnittlich 5,4 Personen pro Familie) die insgesamt von dem Projekt erfaßt werden sollen, sind bisher ungefähr 1700 Familien schon umgesiedelt worden. Alle diese Campesinos haben ein Recht auf eigenen Landbesitz. Die Form der Bewirtschaftung (individuell oder gemeinschaftlich) wird ihnen freigestellt.

Wie geht es weiter?

Die nächsten konkreten Schritte:

a) wir müssen die restlichen 14.500 Zinkwellbleche für die Campesinos nach Nicaragua zu schicken. Um dies zu erreichen, benötigen wir noch ca. 50.000 DM !!!

Isabel Carcamo

Die täglichen Mühen Alltag in der Hauptstadt Managua

Der Alltag in Managua unterscheidet sich grundsätzlich von allen anderen Orten Nicaraguas. Auch in den übrigen Städten in der Pazifikzone - dort, wo der Krieg ebenfalls nicht direkt spürbar ist - ist das Alltagsleben wesentlich leichter zu organisieren.

Wie bekomme ich den Bus, das Gas... ?

Gleich morgens muß man sich mit der ersten Schwierigkeit, einer der größten, die es in Managua gibt, auseinandersetzen: der öffentliche Transport! Zwischen 6.00 und ca. 10.00 Uhr morgens ist es oft nur unter hartem körperlichen Einsatz möglich, einen Platz in einem der öffentlichen Busse zu ergattern. Dies allerdings auch nur, wenn er an der Haltestelle hält, an der man gerade steht... Trotz der gestaffelten Anfangszeiten an den Arbeitsstellen reicht der öffentliche Fuhrpark nicht aus, um alle Menschen pünktlich an ihren Bestimmungsort zu bringen. Dies gilt genauso für die Schüler auf ihrem Schulwege.

1 bis 1,5 Stunden Wegezeit sind normal, um zum Arbeitsplatz bzw. zur Schule zu kommen. Nach Feierabend dauert es oftmals noch länger, um wieder nach Hause zu kommen. Für die vielen Pendler aus den Städten wie Leon, Masaya, Granada, etc. ist das Problem noch größer, da sie zunächst in den völlig überfüllten Überlandbussen ankommen und dann das Problem des städtischen Anschlußbusses zu meistern haben. Viele von ihnen würden sicherlich gerne nach Managua ziehen, in die Nähe ihres Arbeitsplatzes, jedoch wird die Wohnungs situation hier der Nachfrage nicht gerecht aufgrund der Zerstörungen des Erdbebens von 1972 und aufgrund der Land-Stadtflucht.

Zu bedenken ist bei alledem, daß viele der Menschen nach ihrem 8,5 Std. Arbeitstag zur Fort- und Weiterbildung noch Abendkurse besuchen, so daß sie wiederum mit

dem Transportproblem konfrontiert sind. Nicht selten schaffen sie es nicht mehr, in den letzten Bus hineinzukommen und müssen dann zu Fuß, per Anhalter oder im Taxi nach Hause fahren. Letzteres kann die Mehrheit sich aber nicht leisten.

Viele Betriebe und Institutionen haben zwar einen Personaltransport, der aber nur bestimmte Routen fährt, der somit nicht für alle Angestellten sinnvoll nutzbar ist. Hinzu kommt, daß auch diese Betriebsbusse in zunehmendem Maße zusammenbrechen, was dann wiederum bedeutet, daß der Personaltransport ersatzlos gestrichen werden muß. Dieses Problem setzt sich z.B. im eigentlichen Arbeitsbetrieb fort: Das INSSBI (Sozialministerium) kann sogenannte „Problemfälle“ im Bereich des Jugendschutzes - vernachlässigte oder mißhandelte Kinder, zerrüttete Familien, etc. - oft nicht in angemessener Form untersuchen und betreuen, weil die Sozialarbeiter nur unzureichend mit Transportmitteln ausgestattet sind. Hinzu kommen schlechte Straßenverhältnisse und die mangelhafte Ausbildung von Chauffeuren, was zur Folge hat, daß viele Fahrzeuge schnell reparaturbedürftig sind. Reparaturen, die oftmals auf Grund des akuten Devisenmangels nicht durchgeführt werden können, da keine Ersatzteile gekauft werden konnten.

Diese Umstände wirken sich auch auf die Versorgung Managuas mit Gütern des sog. „täglichen Bedarfs“ aus: normalerweise erfolgt z.B. die Tropigas (Butangas) Versorgung in den Stadtteilen ein- bis zweimal in der Woche. Ab 6.00 Uhr morgens stehen die Menschen dann an der Verkaufsstelle Schlange, um ihren leeren Tank gegen einen Vollen umzutauschen. Nicht selten allerdings erfolgt die Lieferung erst nachmittags - der Tag ist also schon mal mit Schlange stehen verbracht. Während dieser Zeit hat man (frau) weder gekocht, noch geputzt, noch eingekauft. Schlimm wird es, wenn ein

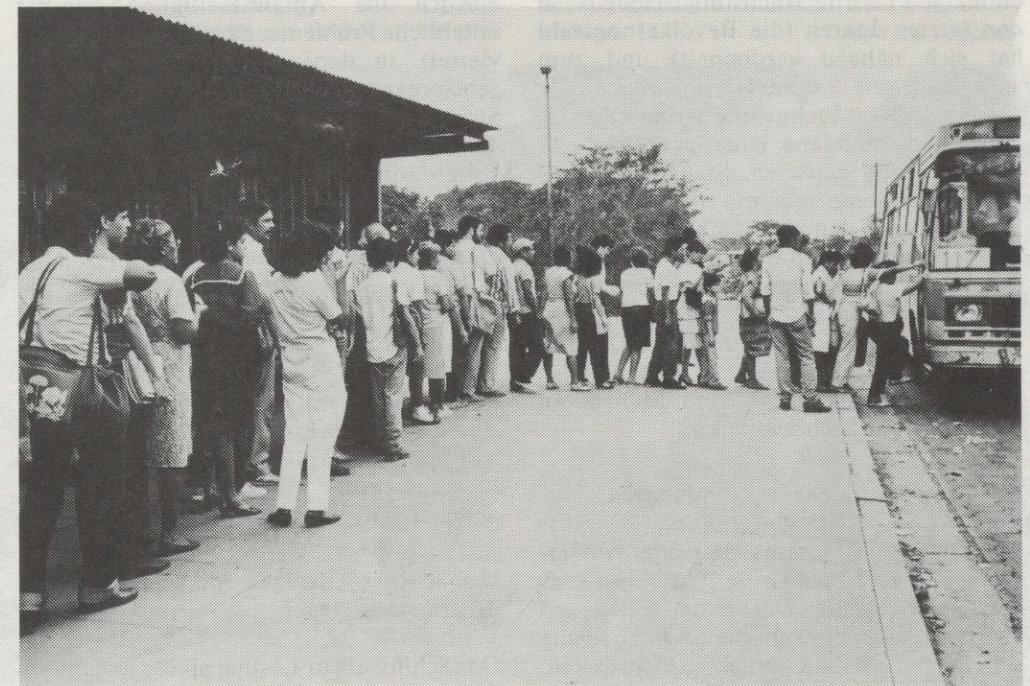
Transportfahrzeug ganz ausfällt, oder gar die Abfüllanlage nicht funktioniert bzw. ausgefallen ist. Dann gerät die gesamte Versorgung durcheinander, die Menschen stehen tagelang Schlange, da sie das Gas ja zum Kochen brauchen.

Natürlich wäre es vernünftiger und praktischer, wenn die Flaschen abgegeben und nach der Lieferung gegen eine volle eingetauscht werden könnten. Doch auch wenn mittlerweile fast alle Bewohner Nicaraguas alphabetisiert sind, gibt es doch nach wie vor große Probleme was Listenführen etc. angeht. Da die Menschen aber Angst haben mittels einer Listenführung ihre wertvollen Gasflaschen - eine neue ist unwahrscheinlich teuer - zu verlieren, stehen sie lieber Schlange.

Die „Schlange“, die Lebensmittel und die Verteilung

Schlängestehen ist überhaupt eine Beschäftigung, mit der in Managua mehr als an irgendeinem anderen Ort in Nicaragua viel

Zeit verbracht wird. Auf dem Markt z.B. entsteht bereits lange bevor mit dem Verkauf von Eiern begonnen wird, eine riesige Schlange. Eier sind knapp, und ihre Verteilung über die „Expedios“, die Verkaufsstellen der Grundnahrungsmittel in den barrios (Stadtvierteln) klappt noch nicht so wie es eigentlich sein sollte. Früher wurden die Grundnahrungsmittel - Reis, Zucker, Öl, Seife - nur samstags vierzehntägig ausgegeben bzw. zu den niedrigen festgesetzten Preisen verkauft. Das hatte zur Folge, daß die Menschen morgens um 5 Uhr anfingen Schlange zu stehen, nicht selten bis zum späten Nachmittag. Das hat sich inzwischen geändert. Die Besitzer der Läden sind inzwischen angehalten, dies über mehrere Tage hinweg zu tun. Ein ähnliches Problem ergibt sich in den CAT's (Centro de Abastecimiento de los Trabajadores - Supermärkte, zu denen nur Arbeiter



Die knappen Transportmittel sind ein großes Problem

und Angestellte Zutritt haben). Hier werden Dinge wie Zahnpasta, Toilettenpapier, Milchpulver und andere Lebensmittel zu festgesetzten Preisen verkauft. Zur völligen Abdeckung der Bedürfnisse jedoch reicht oftmals das Angebot nicht aus. Das heißt für den Einzelnen: Schlangestehen, oder aber diese Dinge zu astronomischen Preisen auf dem Schwarzmarkt einzukaufen. Ein wenig hat man dem Problem Lösung verschafft, indem man die Öffnungszeiten der CAT's erweitert hat. Die Arbeiter und Angestellten sind allerdings dazu berechtigt, sich einen halben Tag von der Arbeit freizumachen, um hier einkaufen zu gehen.

Einen enormen Zeitaufwand bedeutet auch fast jeder Behördengang: egal ob Paßverlängerung oder -beantragung, Bescheinigungen über gezahlte Steuern, Haus- oder Grundbesitz. In der Regel verbringt man einige Stunden in einer Schlange vor einem Schalter.

Es gibt verschiedene Gründe, die den Umgang mit den Behörden hier so kompliziert und umständlich machen: Da ist einmal das rasante Wachstum Managuas in den letzten Jahren (die Bevölkerungszahl hat sich nahezu verdoppelt) und zum anderen eine oftmals unzureichende Ausbildung der Sachbearbeiter. Ferner gibt es kaum vorhandene Unterlagen wie z.B. Melderegister, Karteien, Statistiken, etc... Unter dem Somozaregime wurden solchen Dingen kaum Aufmerksamkeit geschenkt, die Sandinisten müssen sich erst einmal die Grundlage für eine eigene, neue Verwaltung schaffen, die nun - so erscheint es zumindest - in einem unüberwindbaren „Quadratismus“ endet. Vielfach ist es jedoch nichts anderes als Unkenntnis und Mangel an Erfahrung der Sachbearbeiter.

Wasser in der „Staubwüste“ Managuas

Managua hat besorgniserregende Wasserprobleme. An 2 Tagen in der Woche wird das Wasser abgestellt. Die höher gelegenen Stadtteile haben im Sommer oft wochenlang kein Wasser, weil der Druck nicht ausreicht, oder nur zu bestimmten Tageszeiten wie

z.B. zwischen 24.00 Uhr und 5.00 Uhr morgens. Geht im Rohrsystem etwas kaputt, dauert es oft Tage bis es repariert ist - einmal aufgrund der Überlastung der Arbeiter oder aber noch häufiger wegen fehlender Ersatzteile (Devisenmangel beim Ersatzteilauf). Für die Privathaushalte bedeutet das Wassерproblem natürlich eine weitere Komplikierung des Alltages. Auf Grund der beschriebenen Probleme müssen viele Menschen den Sonntag nutzen, um Wäsche zu waschen, Hausputz zu machen, etc., obwohl sie diesen Tag dringend als Tag zum Ausruhen bräuchten.

Das gesamte Wasserversorgungsnetz ist noch vom Erdbeben 1972 teilweise zerstört. In welchem Umfange ist noch nicht einmal genau bekannt. Schätzungen über die Wassermengen, die ungenutzt im Boden versickern, weil die unterirdischen Rohre kaputt sind, belaufen sich auf bis zu 60%. Im Prinzip müßte das gesamte Rohrnetz neu verlegt werden, was aber angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Situation des Landes eine Illusion ist.

Auch die Abfallbeseitigung bereitet erhebliche Probleme. Es gibt barrios (Stadtviertel), in denen die Müllwagen nicht „entsorgen“ - mit der Begründung, daß die Straßenverhältnisse dermaßen schlecht sind, daß die Fahrzeuge dadurch kaputt gehen könnten. Darüberhinaus reicht der Fuhrpark mit seinen Kapazitäten nicht aus, um eine hundertprozentige Abfallbeseitigung zu garantieren. Daraus resultiert dann eine Anzahl von wilden Mülldeponien, die wiederum Brutstätte von vielen Krankheiten sind. Gegen diese Art von Abfallbeseitigung gibt es mittlerweile eine Öffentlichkeitsarbeit mittels Fernsehspots, jedoch sind die Erfolge bisher recht spärlich, da es halt immer etwas länger dauert, bis sich das Bewußtsein der Menschen ändert; außerdem hat man es ja immer schon so gemacht.

Unmögliches erledigen wir sofort, Wunder dauern etwas länger

Der Schlüssel zur Lösung all der genannten Probleme liegt sicherlich unter anderem

darin, die Massenorganisationen stärker zu mobilisieren. Das Hauptproblem besteht jedoch wohl darin, daß es nicht an bewußten Menschen mangelt, sondern, daß nach dem Alltag (Transport, 8,5 Std. Arbeitstag, Einkäufe, Hausarbeit, etc.) kaum noch Freiräume bleiben, um zusätzliche und nicht weniger notwendige Arbeiten durchzuführen. Erschwerend kommt hinzu, daß viele Spezialisten, die zur Reorganisierung des Stadtlebens von Managua notwendig wären, in den Kriegszenen des Landes benötigt werden.

Die genannten Schwierigkeiten, die sich nicht losgelöst von der Gesamtsituation des Landes, nämlich dem Kriegszustand, betrachten lassen, führen zu einem weiteren großen Problem: dem Schwarzmarkt.

Bedingt dadurch, daß es einfach von fast allem zu wenig gibt, haben viele Menschen angefangen, dies wenige auch noch zu zum Teil astronomischen Preisen weiterzuverkaufen. Das hat zur Folge, daß der Schwarzmarkt mehr als in anderen Landesteilen allgegenwärtig geworden ist. MICOIN, das Innenhandelsministerium hat große Schwierigkeiten, dieses Problem in den

Griff zu bekommen. Dies nicht nur rein technisch-organisatorisch, sondern auch deswegen, weil es wie all die anderen Ministerien auch den schwierigen Prozeß der Bewußtseinsbildung zu führen hat gegen die langjährige Korruptionsgeschichte aus der Zeit des Somozaregimes.

Wäre nicht der Krieg, der mehr als die Hälfte des Staatshaushaltes frisst, könnte die Entwicklung nicht nur in Managua schneller vorangehen und die Menschen müßten nicht Tag für Tag die Probleme von Transport, mangelnder Versorgung und Produktionsausfällen auf Grund der Wirtschaftsblockade der USA überwinden.

Vieles bleibt unangesprochen, wie z.B. die psychologischen Belastungen der Familien, deren Väter und Söhne zur Verteidigung gegen die hinterhältigen Überfälle der Contra mobilisiert sind, die Situation der Kriegswaisen usw.

Und fast erscheint es wie ein Hohn. Die Menschen haben trotz all der Probleme nicht vergessen lustig zu bleiben, sich zu freuen, zu feiern,... Für sie geht es nach wie vor darum, die Mühen der Ebene zu überwinden.

Monika Pepping



Die Straßen sind staubig, die Wasserversorgung ist schlecht

Foto: Cordelia Dilg

Auswirkungen des Krieges auf dem Land

Aus den Berichten und Interviews unserer Koordinatorin:

In den letzten Monaten hat sich die Situation in der V. Region (Chontales, Boaco, Nueva Guinea) ziemlich zugespitzt; zwar werden aus der I. und VI. Region ebenfalls wieder verstärkte Contra-Aktivitäten gemeldet, die V. Region scheint jedoch laut verschiedenartigen Aussagen am stärksten davon betroffen zu sein. Die Gründe dafür liegen im wesentlichen in der Struktur und den besonderen Charakteristika dieser Zone: weite Teile, besonders im Süden zur costarikanischen Grenze hin, sind militärisch sehr schwer zu kontrollieren. Es gibt dort keine Straßen bzw. Feldwege mehr, die mit Fahrzeugen passierbar wären. Die Bevölkerung lebt verstreut, z.T. in kleineren Gemeinden, oder in einzelnen Fincas (Bauernhöfe). Die Reichweite nicaraguanischer Rundfunkstationen reicht nicht bis hierher, so daß nur die costarikanischen Sender empfangen werden können, deren Programme alles andere als die Wahrheit über das sandinistische Nicaragua verbreiten. Weder Erziehungssystem, noch Gesundheitswesen können hier der Bevölkerung garantiert werden - der Aufwand ist angesichts der gegenwärtigen Probleme Nicaraguas nicht leistbar, bzw. wäre gesamtgesellschaftlich nicht zu rechtfertigen.

Vor diesen Hintergründen ist auch der Grad der Desinformation unter der Bevölkerung, die in diesen Gebieten lebt, nicht weiter verwunderlich. Die Contra benutzt diese Gegenden als Hinterland. Bei den Bauern versorgt sie sich mit Nahrungsmitteln - denen bleibt keine andere Wahl, als sie zu versorgen - und rekrutiert - unter Vorspiegeln falscher Tatsachen - ihre Mitkämpfer, indem sie sich die Abgeschnittenheit und Desinformation der Leute zunutze macht, bzw. ihren Teil dazu beiträgt. So erzählen sie den Leuten dort z.B., daß es 2 Armeen in Nicaragua gibt: eine, bei der man zwei Jahre Militärdienst leisten muß, das sandini-

stische EPS (Ejercito Popular Sandinista), und ihre, bei der man nur zwei Monate ableisten müsse. Was sich natürlich als Lüge herausstellt - aber „mitgegangen - mitgefangen“. Einmal dabei, wird ihnen in der Regel mit Erschießung gedroht, wenn sie versuchen, wegzu laufen. Zu ihrer „Ausbil-

bauen oder herabzusetzen. Das erzählte z.B. ein 16jähriger Contra, den das EPS während der Evakuierungsaktion gefangennahm. Ein weiteres Problem in diesem Gebiet ist, daß die Zivilbevölkerung bei Auseinandersetzungen zwischen Contra-Verbänden und dem EPS nicht selten in die Schußlinie gerät oder mittendrin sitzt.

Angesichts dieser Situation wurde Anfang März beschlossen, die Bevölkerung,

Foto: ANN



Von der Contra zerstörte Tabakkooperative im

dung“ gehört unter anderem, an ihren toten Kameraden, die z.B. bei Gefechten mit dem sandinistischen EPS gefallen sind, zu üben, wie man Menschen ersticht. Sie müssen auch ihre eigenen Kampfgefährten verstümmeln, auch, um ihre Hemmschwelle abzu-

Norden von Nicaragua

die südlich von Nueva Guinea in recht abgeschiedenen, und in der dort neunmonatigen Regenzeit normalerweise von der Außenwelt abgeschnittenen „comarcas“ (kleineren Gemeindebezirken) lebt, zu evakuieren.

Gespräch mit einem evakuierten Campesino (Auszug)

Befragt nach seiner Zukunftsperspektive im Umsiedlungsdorf El Triunfo antwortete er:

„Reichlich schwierig, ja, aber dies ist eine recht fruchtbare Gegend. Aber auf die andere Art (gemeint ist, so wie vor der Umsiedlung; d.Übers.) wäre alles umsonst, vergeblich. Wir haben schon darüber gesprochen, mit den anderen Compañeros, daß dies ein Ort ist, an dem wir Zufriedenheit finden können, durch eine andere Art zu leben, in Freiheit.

Wenn wir immer noch dort leben würden, müßten wir unter ständigem Druck leben, ohne Freiheit, ständig zwischen Arbeit und Flucht. Von dem, was wir produzierten, hatten wir kaum etwas, denn wenn eine Bande (Contras; d.Übers.) vorbeikam und was zu essen brauchte, ... von Geld kann man sich nicht ernähren, was man braucht, ist Essen, Nahrungsmittel. Wenn also so eine Bande kam, mußte man ihnen was zu essen geben. Kam die nächste - wieder mußte man ihnen zu essen geben.

Also, wir sahen, daß es keinen Ausweg gab, so wie wir lebten. Nur Armut, Verschlechterung, ohne irgendeine Perspektive. Jetzt dagegen, wo wir hierher gekommen sind, stehen wir auf einer Seite, gottseidank, sie bieten uns alle Möglichkeiten, Ruhe, Arbeit, Hilfe in Bezug auf die Nahrungsmittel z.B. Vielleicht gilt das nicht für alle, aber ich kann für mich nur sagen, daß ich sehr dankbar bin für das, was geschehen ist, dafür, daß sie die Leute zurückgezogen, dort herausgeholt haben, und daß wir nun, statt zwischen zwei Fronten zu leben, uns auf einer Seite befinden. Wir sind bereit, für das Vaterland zu arbeiten, das uns so sehr geholfen hat. Denn der Campesino ist großzügig (generoso), auch wenn er nicht lesen und schreiben kann, keine Kultur hat... Aber was er mit seinen Händen geben kann, ist er bereit zu geben. Insofern können wir ein starker Arm neben dem bewaffneten Arm sein.“

Monika Pepping

Die Überlebensstrategie Nicaraguas im Jahr 1987

Seit 1986 gilt die Contra in Nicaragua als strategisch geschlagen: sie ist nicht mehr in der Lage, die militärische Machtfrage zu stellen. Jedoch ist ihr Aggressionspotential weiterhin so hoch, daß sie dem Land außer den direkten Sabotageschäden enorme Verteidigungskosten diktiert, die die nicaraguanische Ökonomie destabilisieren.

Der Verfall der nicaraguanischen Wirtschaft hat in den letzten Jahren erschreckende Ausmaße angenommen. Heute steht die Frage auf der Tagesordnung, ob die Aggression, die von den Schaltstellen des US-amerikanischen Machtapparates ausgeht, nicht trotz der militärischen Schwäche in der Lage ist, die Revolution von innen auszuhöhlen und die Wirtschaftskrise als Vehikel für den Aufbau einer wirksamen „inneren Front“ zu nutzen.

Angesichts dessen versucht die nicaraguanische Regierung, mit ihrem zu Jahresbeginn 1987 vorgelegten ‚Wirtschaftsplan 1987‘ die Vorzeichen für eine Erholung der Produktion zu setzen. Die Ziele sind hoch gesteckt: nach einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts in den Jahren '85 und '86 um 4% bzw 0,4% soll es dieses Jahr wieder einen Zuwachs von 2,1% geben, die Inflation soll von 750% auf 108% heruntergeholt werden, die Exporterlöse sollen steigen, die Versorgung der Bevölkerung verbessert und die Spekulation zugunsten der Produktion zurückgedrängt werden. Kann dies gelingen, und was ist der Preis dafür?

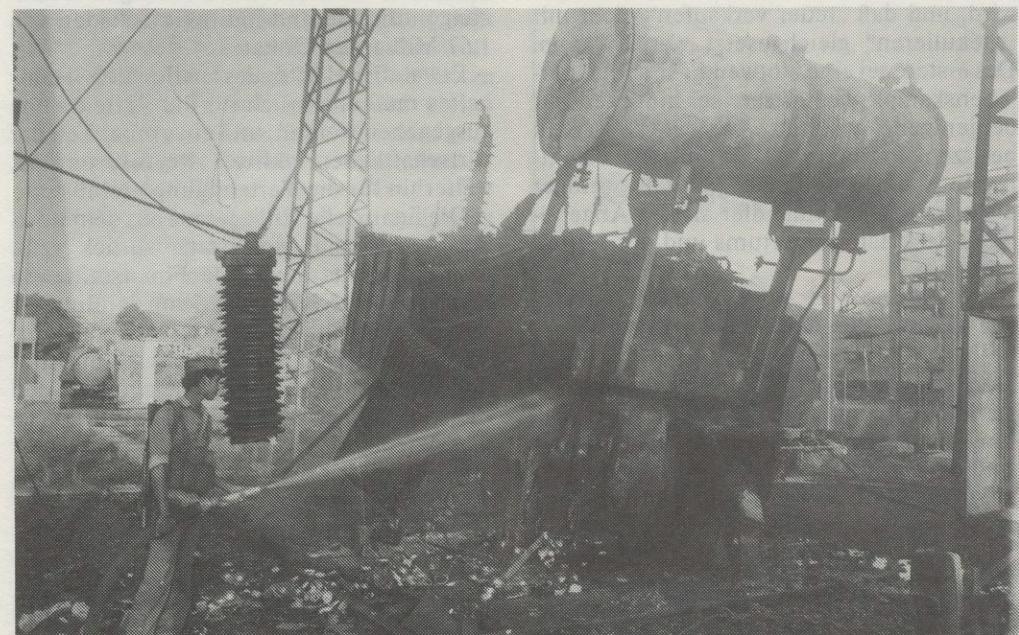
Das ursprüngliche Modell der sandinistischen Wirtschaftspolitik

Nach dem Sieg der Revolution im Juli 1979 wurde ein *Modell der gemischten Wirtschaft* entwickelt, mit dem man versuchte, die Produktion des privaten Unternehmenssektors zu garantieren und anzuregen, die Aktionen der Arbeiter- und Bauernbewegungen gegen ihre „Patrones“ zu kontrollieren und einen Staatssektor zu bilden, der in der Lage ist, die Exportüberschüsse der Bevölkerung in Form von Schulen, Gesundheitszentren, Zuschüssen zu den Grundnahrungsmitteln und den Kosten des öffentlichen Verkehrs zugute kommen zu lassen. Die Klassenauseinandersetzungen wurden durch die Einflußnahme des Staates unter Kontrolle gehalten, waren aber nichtdestoweniger real und wirksam: Organisierung der und Sozialleistungen für die Bevölkerung schufen nicht das „Klima“, das die Unternehmer forderten. Der Klassenkonflikt äußerte sich in Dekapitalisierung dieser Sektoren und im Anstieg des Außen- und Binnenhandelsdefizits.

Die Krise äußerte sich unübersehbar in Produktionsrückgängen, Versorgungsengpässen, hoher Inflation, einer Flucht aus der Lohnarbeit in den Kleinhandel und einem gewaltigen Anwachsen des Schwarzmarktes. Die Regierung mußte eingestehen, daß der Versuch einer staatlichen Steuerung der Wirtschaft in der bisherigen Form gescheitert war, und ihre Politik die enorme Bedeutung, die die Bauern, Handwerker und verarmten Händler in der gesamten Wirtschaft gewonnen hatten, aufgreifen mußte. Deshalb wurde 1985 eine grundlegende Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik eingeleitet, die den Beginn der heutigen *Überlebenswirtschaft* markierte: Um den Produktionsrückgang und die Inflation zu stoppen, wurden die Abnahmepreise für die Produzenten erhöht bzw. liberalisiert, die Subventionen für Grundnahrungsmittel fast völlig gestrichen, und die Landeswährung gegenüber dem Dollar abgewertet.

Krise und Spekulation

Seit 1983 schon waren die staatlichen Versorgungssysteme nicht mehr in der Lage, genügend Güter des Basiskonsums in die Verkaufsstellen zu schaffen. 1985 war die



Von der Contra zerstörte Elektrizitätsstation

Foto: Archiv Infobüro

Verfügbarkeit von Fertigprodukten für den Familienbedarf nur noch halb so groß wie fünf Jahre zuvor. Es bildete sich ein ständig anwachsender Schwarzmarkt heraus. Die Inflation stieg ungeheuer an: betrug sie 1984 noch 35,4%, so betrug sie 1985 219% und 1986 dann ungeheure 747%. Zugleich sank das Pro-Kopf Einkommen von 1983 bis 1985 um 10%. Immer weniger Familien sind in der Lage, durch Lohnarbeit zu überleben.

Dies galt auch für die Landarbeiter. Da zudem ein Teil der Landbevölkerung in den Kriegsgebieten ihr Land verlassen mußte und sich der Anbau von Grundnahrungsmitteln angesichts der niedrigen Abnahmepreise der staatlichen Vermarktsorganisationen (die den Sinn hatten, die städtische Bevölkerung mit preiswerten Grundnahrungsmitteln zu versorgen) nicht mehr rentierte, kam es zu einer massiven Abwanderungsbewegung in die Städte, vor allem nach Managua. Dort wurden diese Bevölke-

itungsteile meist Teil des „informellen Sektors“.

Dementsprechend hatten 1986 die Autoren einer Studie zu den individuellen Überlebensstrategien von Familien in Managua dann auch Mühe, überhaupt Familien zu finden, die ausschließlich durch Lohnarbeit überleben. Es handelte sich entweder um solche Familien, in denen z.B. gesundheitliche Gründe dazu zwangen, ausschließlich von leichter Lohnarbeit (z.B. als Wächter) zu leben, oder um Großfamilien, in denen mehrere Familien einer sehr qualifizierten Tätigkeit nachgingen. Hingegen kombiniert die große Mehrzahl der Familien verschiedenartige Erwerbsformen wie Lohnarbeit, selbständige Kleinproduktion und Dienstleistungen, sowie den Handel (der überraschenderweise weniger als 25% des Familieneinkommens erbringt).

Die Studie kommt zu dem Schluß, daß die

Arbeit im informellen Sektor sehr viel „produktiver“ ist, als meist angenommen wird, und daß „teuer verkaufen“ nicht mit „spekulieren“ gleichgesetzt werden kann. Das erstere sei eine Notwendigkeit im Überlebenskampf, das letztere sei hingegen nur denjenigen möglich, die das Kapital besitzen, Produkte zu horten. Die eigentlichen Spekulanten seien deshalb weniger die armen Straßenhändler als die Angehörigen des Kleinbürgertums und der Mittelschicht.

Die strukturellen Ursachen der Krise

Der konterrevolutionäre Krieg und die starke Abhängigkeit von den Entwicklungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt sind die Hauptfaktoren, die die Handlungsmöglichkeiten der nicaraguanischen Wirtschaftspolitik von außen begrenzen.



Warum steigen die Preise so? Deshalb: 1986 haben wir für 900 Mio. \$ importiert, für 200 Mio. \$ exportiert.

– Die internationalen Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt verschlechterten sich für ein abhängig gehaltenes Land wie Nicaragua rapide: z.B. kam es von 1985 bis 1986 zu katastrophalen Verschiebungen: um z.B. einen Jeep zu importieren, mußten 1986 28% mehr Kaffee, 130% mehr Baumwolle oder 115% mehr Fleisch exportiert werden als im Vorjahr.

- Der Aggressionskrieg verursachte allein bis Mitte 1985 nach vorsichtigen Schätzungen direkte und indirekte Schäden von 1,67 Milliarden Dollar;
- Etwa die Hälfte des nationalen Haushaltes muß alljährlich für die Verteidigung ausgegeben werden, und ein großer Teil der wirtschaftlichen aktiven Bevölkerung ist weiterhin für die Verteidigung mobilisiert;
- Die finanzielle Hilfe gerade aus dem westlichen Ausland ging stark zurück (z.B. wurden bereits bewilligte Finanzmittel in Höhe von 40 Millionen DM von der Bundesregierung nicht ausgezahlt);
- Zudem erschwert der von der Administration Reagan verhängte Handelsboykott den Zugang zu wichtigen Produktionsgütern (Ersatzteile etc.)

Die aktuelle Überlebensstrategie: der „Plan 87“

Der Wirtschaftsplan 87, den die Regierung zu Anfang des Jahres vorlegte, will zeigen, wie Nicaragua mittelfristig aus der Krise herauskommen kann, indem er Leitlinien definiert, die von 1987 bis 1990 reichen. Er konkretisiert eine Vorstellung von „Überlebenswirtschaft“, die sich bereits seit 1985 andeutete, indem er zusätzlich Ansätze aufnimmt, die in diesen Jahren auf Basis-ebene entwickelt wurden:

Die *Bauernläden* (*tiendas campesinas*). Die Organisation der Klein- und Mittelbauern, die UNAG, schuf (mit finanzieller Unterstützung aus Schweden) eine Reihe von Bauernläden, die einerseits die Produktionsmittel an die Bauern abgeben, und andererseits ihre Ernte aufkaufen und vermarkten. Diese Läden ersetzen die schlecht koordinierten An- und Verkaufsaktionen verschiedener Ministerien und Staatsorganisationen. Die von den Läden aufgekauften Produktionsmengen gehen in die „sicheren Kanäle“ staatlicher Organisationen, um in den CAT's (Arbeiter-Versorgungs-Zentren) verteilt zu werden, oder zu bestimmten Einzelhändlern direkt in die Städte. Eine ähnliche Organisation wurde in Matiguas von einer Organisation von Laien-

predigern aufgebaut (ebenfalls mit ausländischer Finanzhilfe). An ihr sind etwa 8.000 Personen beteiligt. Die Organisation trifft Abkommen z.B. mit den Kleidungsfabriken, um Kleidung im Tausch gegen Bohnen zu erhalten. Der Tauschhandel wird vorgenommen, um ohne inflatorische Risiken direkt an die benötigten Produkte zu kommen.

Territoriale Unternehmen. Im Wirtschaftsplan '87 werden sie als „Angelpunkt der revolutionären Umformung“ bezeichnet. Entwickelt wurde diese Organisationsform bereits 1984/85 von FSLN-Mitgliedern an der Basis. Gefordert werden sie auch von der Landarbeitergewerkschaft ATC, um die Minimalbedingungen wiederherzustellen, die die Lohnarbeit wieder zu einer realen Überlebensmöglichkeit für die Landarbeiterfamilien zu machen. Territoriale Unternehmen sollen entstehen, indem sich staatliche Betriebe innerhalb eines spezifischen Territoriums so organisieren, daß sie den Kooperativen und Privatproduzenten Produktionsmittel, Werkzeuge, technische Hilfe, Dienstleistungen etc. zukommen lassen und im Gegenzug einen Teil der landwirtschaftlichen Produktion erhalten und vermarkten. Dies bedeutet, daß die Arbeiter bzw. Landarbeiter Produkte unter Ausschaltung des Zwischenhandels, sowie die übrigen, nichtstaatlichen Produzenten eine bessere Versorgung mit Produktionsmitteln und Dienstleistungen erhalten.

Kooperativenzusammenschlüsse sollen generell (über die Integration in den territorialen Austausch hinaus) gefördert werden, um den Marktzugang und die Marktmacht der Kooperativen zu erhöhen.

Mit diesen Modellen soll erreicht werden, daß der Teil der Bevölkerung, der die Produktion aufrechterhält, priorität und direkter mit Basiskonsumgütern versorgt werden kann, und daß zudem durch die effektivere Ausstattung der Produzenten mit den nötigen Produktionsmitteln die Produktivität und die Produktionsmengen steigen. Produktion und Versorgung sollen direkter miteinander verknüpft werden. Im Plan '87 werden diese Modelle in die gesamtwirt-

schaftlichen Ziele des Staates eingebunden.



Aus: El Tayacan, Nr. 225

Die Priorität des Planes

Angesichts der enormen Bedeutung, die der Zugang zu Devisen für eine abhängige und unterentwickelte Wirtschaftsstruktur wie die Nicaraguas hat, legt der Plan den Schwerpunkt auf die Beschaffung und den Einsatz von Devisen. Dies insbesondere deshalb, weil Nicaragua in den vergangenen Krisenjahren sich stark in bilateralen Investitions- und Handelsabkommen verpflichtet hat, so daß die Menge an freien Devisen sinkt: Von den 362 Millionen Dollar, die 1987 als Exporteinnahme erhofft werden (gegenüber nur 215 Millionen Dollar 1986) ist die Hälfte bereits „ausgegeben“, d.h. in ihrer Verwendung an Abkommen gebunden. Schwankungen der Devisenerlöse nach oben oder unten haben deshalb einen sehr starken Einfluß auf die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Regierungspolitik.

Innerhalb dieser Zwänge bestimmen sich die Prioritäten des Planes:

1. An oberster Stelle in der Zuteilung von Devisen, Dienstleistungen, Produktionsgütern, Infrastrukturmaßnahmen steht die militärische Verteidigung. Angesichts der Tatsache, daß sie ca. die Hälfte des Regierungshaushaltes verschlingt, ist es für die nicaraguanische Ökonomie von großer Bedeutung, diese Ressourcen soweit als möglich auch zivil zu nutzen. Der Plan sieht vor, daß die Armee zu ihrer Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln beiträgt und ihre Transportmittel noch stärker für die Versorgung der Zivilbevölkerung zur Verfügung stellt.

2. An zweiter Stelle steht die Sanierung der Produktion, wobei die Produktion für den devisenbringenden Export Vorrang vor der Produktion für den Konsum der Bevölkerung und vor der Wiederherstellung der Infrastruktur erhält. Dazu schlägt der Plan die rigorose Anwendung von drei Prinzipien vor:

– Wiedergewinnung des „historischen“ Niveaus der Arbeitsproduktivität (d.h. des Niveaus von 1977). Zu diesem Zweck wurden Anfang April '87 die Lohnskala im Staatssektor von 28 auf 39 Lohngruppen erweitert und die Löhne von 100% (für die unteren Lohngruppen) bis 46% (für die oberen Lohngruppen) erhöht. Hinzu kommen Leistungsprämien. Das Entlohnungssystem soll eine leistungs- und qualifikationsbezogene Entlohnung gewährleisten.

– Verbesserung der Versorgung besonders für Arbeiter im produktiven Sektor. Gelingt es nicht, den Land- und Industriearbeitern für ihren Lohn zugleich eine ausreichende Menge von preiswerten Grundkonsumgütern zu garantieren, wird die Flucht aus der Lohnarbeit in den informellen Sektor anhalten. Deshalb soll die Verteilung über die CAT's auf eine neue Grundlage gestellt werden (stärkere Eingrenzung des Zugangs auf die wirklich produktiv tätigen Arbeiter, bessere Ausstattung) und andererseits die direkten Tauschbe-

ziehungen zwischen Betrieben gefördert werden (siehe die territorialen Unternehmen).

– Die soziale Infrastruktur (vor allem in den Bereichen Wohnungsbau und Wasserversorgung) soll vorrangig auf dem Land verbessert werden, um den Anreiz zum Wiedereinstieg in die ländliche Produktion zu erhöhen.

3. An dritter Stelle der Prioritätenliste steht das Ziel, das Staatshaushaltsdefizit zu verringern. Nur so kann die Geldemission, die Ausdehnung der Geldmenge und letztlich die Inflationsrate reduziert werden, die den produktiven Sektor so stark behindert. Wenn diese Verringerung des Defizits bei gleichbleibend hohen Kriegskosten erfolgt, dann heißt dies, daß irgendeine soziale Gruppe durch die Streichung von Regierungsausgaben beeinträchtigt wird – die Art und Weise der Haushaltkskonsolidierung ist daher eine politische Frage.

Der Abbau des Haushaltsdefizits soll erreicht werden, indem auf der einen Seite die Einkünfte des Staates durch Ausweitung der Abgaben und Steuern (selektiv auf Konsumgüter außerhalb des Grundbedarfs) erhöht werden und Betriebsüberschüsse stärker zentralisiert werden, und auf der anderen Seite die Ausgaben des Staates besonders im Bereich der öffentlichen Investitionen eingeschränkt werden: machte das gesamte öffentliche Investitionsprogramm im Vorjahr noch einen Anteil von 17% des BIP's aus, so soll er 1987 auf weniger als 10% sinken. Außer dieser Verringerung des Gesamtvolumentums schlägt der Plan eine Änderung des Investitionsprofils vor. Bisher flossen 80% der staatlichen Investitionssumme in langfristige und kapitalintensive Projekte, die sich zudem vor allem in den spezifischen Kernregionen konzentrieren. Ein Großteil blieb ohne die nötige technisch-finanzielle Unterstützung.

In diesem Jahr soll sich dies ändern: arbeitsintensive und mit traditionellen Technologien arbeitende sowie kurzfristig realisierbare Projekte sollen Vorrang erhalten, um mit weniger Importgütern auszukommen und um Arbeitsplätze für

diejenigen zu schaffen, die ihre Tätigkeit im informellen oder Verwaltungssektor aufgeben. Deshalb soll es ein neues Kreditprogramm für den Privat- und Kooperativensektor geben, das mit 51,6 Millionen Dollar fast 30% aller Investitionen umfaßt, und das vor allem im Kaffee- und Reisanbau sowie der Viehzucht Erfolge bringen soll.

Zudem soll die Erhaltung und Instandsetzung der existierenden Kapazitäten höhere Priorität erhalten als neue Investitionen im Produktionssektor. Nur noch 1% der Investitionssumme wird 1987 in neue Projekte fließen (1986 waren es noch 24%).

Während es im Regierungshaushalt und im Investitionsprogramm Abstriche gibt, werden hingegen die Subventionen für die privaten Produzenten beibehalten, ihr Anteil am BIP steigt sogar von 6,8 auf 8,1%. Diese Subventionen werden in Form der sogenannten „Wechselverluste“ gezahlt: die Regierung verlangt vom Produzenten für jeden Dollar Importware 80 Cordobas, zahlt ihm jedoch für jeden Dollar verkaufter Exportware 160 Cordobas. 1987 werden diese Subventionen annähernd den Umfang des gesamten Investitionsprogramms annehmen.

4. An vierter Stelle der Plan-Prioritäten steht die Konsolidierung und Weiterentwicklung der strukturellen Veränderung in der Revolution: der Agrarreform, der Kooperativen-Bewegung und im staatlichen Sektor.

– Für 1987 ist geplant, an 16.510 Familien neue Landtitel zu vergeben (1986: 14.276), wobei die durchschnittlich zu vergebene Fläche jedoch sinken wird (von 24,1 manzanas 1986 auf 16,6 manzanas 1987; 1 manzana entspricht etwa 0,7 Hektar), da bisher aufgrund des Krieges und der Probleme bei der Ausstattung mit Produktionsmitteln und Ersatzteilen im Kooperativensektor viel Land brach liegt. 61.000 manzanas, mehr als ein Fünftel der 1987 neu zu verteilenden Fläche, sind bisher im Kooperativenbesitz und werden umverteilt. Bei 82.000 weiteren manzanas, die zur Verteilung stehen, handelt es sich um staatliche und private Böden in Kriegsgebieten, die wieder bebaut

werden sollen. Diese Entwicklungen zeigen, daß das MIDINRA die Landreform weiterentwickeln will, ohne im selben Maße wie in den vergangenen zwei Jahren Land aus dem staatlichen Sektor und dem Bereich der privaten Großproduzenten herauszulösen. Die Form, in der das neuvergebene Land bewirtschaftet wird, hängt von der Wahl der Campesinos ab: 1986 wurden auf diese Weise 41% aller verteilten Böden als individuell bewirtschafteter Privatbesitz vergeben, nur noch übertroffen von der Vergabe von 44% der Fläche an die CAS (Sandinistische Landkooperativen, in denen gemeinschaftlich gearbeitet wird).

– Da die Kooperativenbewegung einen Eckpfeiler der revolutionären Ökonomie darstellt, der zudem 1986 21% des Agroexports und 35% der Produkte für den Binnenkonsum produzierte, soll sie '87 stärker berücksichtigt werden. Dabei ist insbesondere an die Einbindung in den territorialen Austausch und den Zugang zu Krediten gedacht (s.o.).

– Für den APP (den staatlichen Sektor) ist eine neue Rolle innerhalb des Wirtschaftsgefüges vorgesehen: War er lange als dynamische Achse der Entwicklung des Landes konzipiert und sollte innerhalb der gemischten Wirtschaft langfristig dominieren, so wird ihm im Plan '87 nun die Aufgabe zugewiesen, „seine Projektion unter Berücksichtigung der übrigen Sozialformen der Produktion“ zu entwickeln. Er soll sich zu einer Kraft wandeln, die den Privatsektor durch die Kontrolle über die kritischen Kettenglieder der Produktion und der Versorgung unterstützt und hegemonisiert. Dies soll über die schon beschriebene territoriale Organisation der Produktion geschehen, wozu die einzelnen Betriebe die „notwendige Autonomie“ erhalten sollen.

Die Grundprobleme der „Überlebenswirtschaft“

Die Autoren des Plan '87 schätzten im Dezember 1986, daß ein Verfall der interna-

tionalen Preise um 10% die disponiblen Devisen Nicaraguas um 40% vermindern würden. Leider muß man schon heute feststellen, daß der Fall der Kaffeepreise zu Jahresbeginn 1987 zusammen mit dem sich verstärkenden Rückgang des Handelsvolumens auf dem Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt (MCCA), einen weit größeren Verlust als diese 40% bedeutet. Das Ziel, die Exporterlöse auf 362 Millionen US-Dollar zu steigern, erscheint schon heute als aussichtslos.

Auch für eine Senkung der Inflation auf 108%, wie es der Plan vorsieht, gibt es keine ermutigenden Anhaltspunkte. Ebenso wie die Regierung die Subventionen für den Unternehmenssektor nicht einschränken kann, ohne negative Auswirkungen auf Produktion und Preise zu erzeugen, muß sie auch, um das Bündnis mit der Arbeiterschaft zu festigen, deren Forderungen nach einem Stopp des Reallohnverfalls genügen. Die Schwierigkeit für die Regierung ist dabei die, Lohnerhöhungen nur dann ohne inflationssteigernden Effekt vornehmen zu können, wenn sie an die Steigerung der Produktivität gebunden bleiben. Ein



Teufelskreis entsteht, indem eine Steigerung der Produktion nur realistisch ist, wenn die Bedingungen der Lohnarbeit verbessert werden, diese Bedingungen aber nur dann geschaffen werden können, wenn sich zuvor die Produktion erhöht ... Die einzige Chance ist, daß die Verwaltungsbürokratien die Flexibilität aufbringen, eine wachsende Partizipation von Arbeitern, Bauern, Kooperativmitgliedern und Handwerkern in der Produktion, in der Organisation der Versorgung und bei der Entwicklung neuer Entgeldformen (Auszahlung eines Teiles des Lohnes direkt in Produkten) zuzulassen. Nur so kann eine Überlebenswirtschaft entstehen, d.h. eine Wirtschaft, in der die Krise den Einzelnen nicht zwingt, sein Überleben auf eine Weise zu sichern, die dem Überleben Nicaraguas als revolutionärem Projekt schadet.

Peter Manz

Verwendete Literatur: *Envío*, Ausgaben vom September 1986 und März 1987

Wir beschlagnahmen den Plan! Er ist unsere Sache, also gehört er gefälligst in unsere Hände!

(Sekretariat für Planung und Haushalt)

Wenn der Wirtschaftsplan '87 nicht wirklich die Angelegenheit von allen ist, kann er nicht erfüllt werden.
Aus: *El Tayacan*, Nr. 225

Die Contra und ihre Gönner in der BRD

Die Contra spielt seit 1981 eine zentrale Rolle in der Kriegsführung der USA gegen Nicaragua. Am 2.12.1981 unterzeichnete Präsident Reagan die Direktive NSDD 17 des Nationalen Sicherheitsrates, mit der zum ersten Mal verstärkte subversive Aktivitäten innerhalb Nicaraguas, die Unterstützung paramilitärischer Aktionen, wirtschaftlicher Druck und Planungen für eine militärische Intervention finanziert werden sollten. So begann der Aufbau der Contra durch die US-Regierung, die zunächst 19,5 Millionen Dollar hierfür zur Verfügung stellte.

Inzwischen wurde durch den *Irangate*-Skandal bekannt, daß die US-Regierung seitdem nicht nur offiziell die Contra finanzierte sondern darüberhinaus über Kontaktpersonen im Nationalen Sicherheitsrat der USA ein weitgespanntes Netz privater Finanzierung für die Contra aufbaute.

Geißler beim *Nicaragua-Report* der CDU, 29.10.85



Foto: Cordelia Dig

Durch Privatpersonen und befreundete Regierungen konnte die US-Regierung für die Contra noch einmal ca. 200 Millionen US Dollar mobilisieren.

Dennoch mußte die Contra spätestens 1985 ihr Ziel begraben, die Sandinisten militärisch zu besiegen. Vielmehr führte der brutale Ausblutungskrieg gegen die nicaraguanische Zivilbevölkerung und die Wirtschaft des Landes zu einer immer stärker werdenden Isolierung auf internationaler Ebene.

CIA-Strategen, die von Anfang an eine zentrale Rolle beim Aufbau der Contra innehatten, legen daher seit 1984 zunehmend Gewicht auf die politische Entwicklung der Contra, die ja zunächst nicht mehr war als eine Handvoll geflüchteter Somozisten. Edgar Chamorro, der bekannteste Aussteiger aus der Contra, berichtete

darüber vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag:

Am 7. Dezember 1982 traf ich mich mit fünf Nicaraguanern und zwei US-Bürgern in einem luxuriösen Appartement des Hotels „Vier Botschafter“ im Zentrum von Miami, um für eine Pressekonferenz zu proben, die wir am nächsten Tag zu geben hatten.

Die Nicaraguaner waren prominente Oppositionelle (ich etwas weniger) der Regimes von Somoza und der FSLN und sollten als Leiter der FDN, d.h. der Contra präsentiert werden. Die Nordamerikaner waren CIA-Agenten: der Chef, den wir als Tony Feldman kannten, wurde von Thomas Castillo, einem seiner vielen Gehilfen, begleitet. Sie wollten sich vergewissern, daß wir bei unserem ersten gemeinsamen öffentlichen Auftreten das Richtige von uns geben würden. (entnommen aus: Envío Nr. 52, Oktober 1985)

Erste Contra-Reise nach Europa

Der CIA schrieb der Contra ein demokratisches Programm und gründete den bisherigen Dachverband der Contra UNO (Union Nicaraguense Opositora)¹⁾. Die sogenannten zivilen Führer wurden nach Europa geschickt, um hier für die politische und finanzielle Unterstützung zu werben. Edgar Chamorro berichtete über diese Reise:

„Im März 1983 während Bermúdez und ich uns in Honduras aufhielten, reisten die fünf anderen Direktoriumsmitglieder nach Europa, um dort Politikern und Journalisten die Sache der Contra zu erläutern. Der Ex-Coca-Cola-Händler Adolfo Calero, der im Begriff war, sich zur beherrschenden Figur des Direktoriums zu entwickeln, und Indalecio Rodríguez, ehemaliger Vizedirektor der Katholischen Universität, leisteten gute Arbeit in Spanien und der BRD und brachten uns Unterstützung, aber die anderen drei

¹⁾ Im Mai 1987 wurde ein neuer Zusammenschluß der Contra gegründet, die Resistencia Nicaraguense, in der die sogenannten Zivilpolitiker ein größeres Gewicht gegenüber den somozistischen Kommandanten der FDN erhalten sollen. Auch hier spielte der CIA eine führende Rolle.

widmeten sich vor allem dem Genuß der 5000 Dollars, die der CIA jedem für die Ausgaben gegeben hatte.“ (aus: Envío Nr. 52, s.o.)

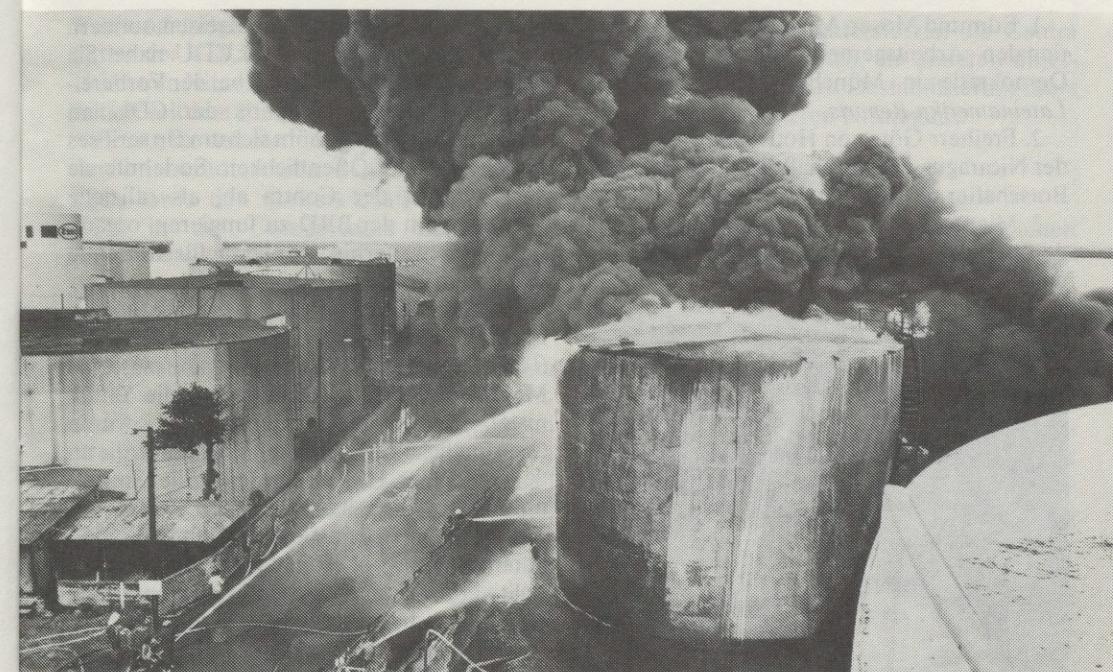
In der BRD wurde diese Reise von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie in München organisiert. Sie wurde 1981 gegründet, „um der raffiniert und gekonnt angelegten internationalen Propagandastrategie der extremen Linken“ zu Mittelamerika entgegenzuwirken. Die IAFD verfügt über beste Kontakte zur Hans Seidel und Konrad Adenauer Stiftung. Zu den Mitarbeitern der IAFD gehören Edmund Moser, der nach wie vor in Venezuela arbeitet, und der Deutschkubaner Jürgen Koch, der sowohl freier Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen wie auch der Deutschen Welle war und jetzt seine Kraft dem IAFD eigenen Magazin „Lateinamerikareport“ widmet. Jürgen Koch wurde bereits in den 60er Jahren aus Kuba ausgewiesen, da er im Verdacht stand mit dem CIA zusammenzuarbeiten. Heute arbeitet er für den US-Sender „Radio Marti“.

Den Höhepunkt der Unterstützungsaktionen für die Contra in Europa bildete jedoch eine Anzeige europäischer Politiker und Intellektueller, die im März 1984 den US-Kongress zur Fortsetzung der Contra-Hilfe aufrief. Zu den Unterzeichnern dieser Anzeige gehörten neben Prof. Martin Kriele, der später mit Unterstützung der Adenauer Stiftung ein vollkommen unseriöses Propagandawerk gegen Nicaragua verfassen sollte, auch CDU/CSU Politiker wie Kai Uwe von Hassel und Graf Huyn sowie der Rektor der Katholischen Universität von Eichstätt, Prof. Lobkowitz.

Diese offene Parteinahme für die Contra stieß jedoch in der Öffentlichkeit auf wenig Unterstützung. Als Ende 1985 dann auch die weitere Finanzierung der Contra durch offizielle und private US-Unterstützung gesichert erschien, schlug man in Europa eine andere Strategie ein.

Europaweite Propagandaoffensive

Am 10./11.2.1986 trafen sich in Madrid die Führer der Contra mit ihren europäischen Freunden. Ein Protokoll dieses Treffens



Nach dem CIA-Angriff auf die Öltanks von Corinto, Oktober 1983

gelangte inzwischen an die Öffentlichkeit. Ein Ergebnis ihres Treffens ist demnach, daß die Contra „ein politisches Aktionsprogramm, spezifisch zugeschnitten auf jedes europäische Land, erarbeiten solle.“ Weiterhin soll eine Kampagne der Contra begonnen werden: „Die wesentliche Arbeit der Kampagne ist es, die öffentliche Meinung in Europa, besonders in Spanien, Frankreich und in der Bundesrepublik im Hinblick auf die nicaraguanische politische Entwicklung zu verändern.“ Die Kampagne, vorgestellt in einem Memorandum, zielt darauf ab, europäische Unterstützung für die Contra zu mobilisieren, was gleichzeitig einen positiven Effekt auf die Debatte um die Contrafinanzierung in den USA hätte. In der BRD, Spanien, Frankreich und der Schweiz sollen Vertreter der Contra ernannt und Büros eröffnet werden.

Das Memorandum nennt die Printmedien als wichtigstes Medium und man wird daher die Kontakte zu wichtigen Zeitungen und Journalisten verstärken. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Ibero-Amerikanischen

Föderation geschehen, die hierfür ihre Räume zur Verfügung gestellt hat. Darüberhinaus soll sich die Kampagne auf Prominente aus Nicaragua und Lateinamerika stützen, die an Vortragsreisen in Europa teilnehmen sollen. UNO wird sie einladen und bezahlen. Schließlich will die Contra sich um *Opinionleaders* besonders bemühen.

Gleichzeitig warnen die Autoren des Memorandums: „...in Anbetracht der europäischen Mentalität darf diese Kampagne auf keinen Fall als inszeniert oder manipuliert erscheinen, denn dadurch würde sie ihre Wirksamkeit verlieren. Sie sollte wie eine spontane Informationsaktivität aussehen, die allmählich an Umfang und Intensität zunimmt.“

Finanziert werden soll diese Kampagne mit monatlich 100.000 US-Dollar, wovon ein Viertel für die BRD bestimmt ist. Nach Recherchen zweier Journalisten von Associated Press zahlt die CIA diese Gelder.

Aus der BRD waren drei Vertreter nach Madrid gefahren, die auch in der BRD eine wichtige Rolle spielen:

1. Edmund Moser, Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie in München, Mitinhaber des *Latinamerika-Reports*.

2. Freiherr Götz von Houwald, Mitarbeiter der Nicaragua-Gesellschaft Bonn, ehemaliger Botschafter der BRD in Managua.

3. Miguel Castro Frenzel, ein Nicaraguaner, den die Contra zu ihrem Vertreter aufzubauen will.



Der Contra-Terror macht auch vor Kindern nicht halt.

Foto: Barricada

Seit der in Madrid beschlossenen Propaganda-Offensive hat sich die Aktivität der Contra-Freunde in der BRD deutlich in den Medienbereich verlagert. So distanzieren sich konservative Kreise neuerdings offensiv von der Contra, tragen aber deren politisches Konzept in die bundesdeutsche Öffentlichkeit.

Neben der IAFD spielt hierbei besonders die *Nicaragua-Gesellschaft* in Bonn eine wichtige Rolle. Sie wurde 1982 gegründet und steht

nicht so sehr rechtsradikalen Kreisen, sondern den gemäßigten Kreisen der CDU nahe. Sie hatte entscheidenden Anteil bei der Vorbereitung des Nicaragua-Reports der CDU im Oktober 1985 und bemüht sich um ein seriöses Ansehen in der Öffentlichkeit. So lehnte sie das Angebot der Contra ab, als offizielle Vertretung in der BRD zu fungieren, organisiert aber weiterhin Kontakte für führende Contrapolitiker.

Als dritter Organisation kommt der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM) in Frankfurt die Aufgabe zu, eine Menschenrechtskampagne gegen die Sandinisten zu entfachen. Die IGFM wurde ursprünglich von Exilrussen gegründet, die an der Seite der Hitlerwehrmacht die Sowjetunion überfallen hatten. In den Zeiten des Kalten Krieges wuchs sie zu einer Organisation heran, die sowohl Kontakte zu ultrarechten Politikern wie auch Kirchenführern unterhält. Neuerdings beschäftigt sie sich auch mit der Lage der Menschenrechte in Kuba und Nicaragua, wobei das von der IGFM veröffentlichte Material eher Propagandamaterial ist und keiner seriösen Überprüfung standhält. So wundert es auch nicht, daß einige der Unterzeichner der Contra Anzeige vom März 1984 im Kuratorium der IGFM wieder auftauchen.

Dennoch hat die Medienoffensive der Contragönnner Erfolge. Nicht nur Herr Löwenthal berichtet im ZDF-Magazin über jede der Contra dienliche Nachricht, sondern inzwischen konnte auch Herr Lojewski in der Sendung *Report* einen ausgesprochenen Propagandabeitrag für die Contra unterbringen, um - wie er schreibt - „ein authentisches Bild“ zu vermitteln.

Neue Entwicklungen

Die letzten Monate deuten jedoch darauf hin, daß in der zukünftigen Propaganda der Contra ihr sogenannter politischer Arm sowie die innere Opposition Nicaraguas (die nicht im Parlament vertretene Coordinadora Democrática) mehr in den Vordergrund treten wird. Hierzu wurde ein neues Führungsgremium der Contra benannt, dem interessanterweise auch Azucena Ferrei angehört, bisheriges

Vorstandsmitglied der PSC, der Schwesterpartei der CDU. Azucena Ferrei trat bereits 1985 beim Nicaragua-Report der CDU auf und erhielt seitdem für ihre Partei massive Unterstützung für den Parteiaufbau. Ebenso erhielt der Unternehmerverband COSEP, der mit der PSC, sowie den Gewerkschaften CUS und CTN in der Coordinadora Democrática zusammengeschlossen ist, Unterstützung von der Konrad Adenauer Stiftung. CUS und CTN werden hingegen von der Nicaragua-Gesellschaft finanziell unterstützt.

Offensichtlich hat gerade die Coordinadora Democrática, deren ehemaliger Präsidentschaftskandidat Arturo Cruz inzwischen ohnehin bei der Contra ist, eine wichtige Rolle in der Destabilisierungsstrategie der CIA und der US-Regierung. Es liegt daher nahe, daß sich die CDU einer geschickten Arbeitsteilung zwischen US-Regierung und europäischen Regierungen und Parteien durchaus bewußt

bedient. Die einen unterstützen die Contra offensiv auch militärisch, die anderen unterstützen den politischen Destabilisierungskurs der Contra im Inneren Nicaraguas.

Weitere Materialien:

- Kurzdokumentation der Christlichen Initiative Romero und des Informationsbüro Nicaragua zur Berichterstattung über die Menschenrechtssituation in Nicaragua durch die CPDH und die IGFM. Sie ist bei den genannten Organisationen für 3,-DM zu beziehen.

- Dokumentation über die IGFM: Propagandisten des Krieges und Hintermänner der Contra. Zu beziehen über das Infobüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal.

Barbara Lucas

Die Politik der BRD gegenüber Zentralamerika

In der Diskussion um die Bedrohung der nicaraguanischen Revolution werden oft zwei Fehler gemacht: zum einen wird diese Bedrohung fast ausschließlich auf der *militärischen Ebene* gesehen (Stichwort: US-amerikanische Intervention wie auf Grenada 1983); zum anderen wird Nicaragua nicht im *Zusammenhang mit der zentralamerikanischen Region* betrachtet. Auf den folgenden Seiten wird deshalb die Politik der BRD gegenüber Zentralamerika beleuchtet, um zu zeigen, in welchem Zusammenhang sie zu den zumeist militärischen Aktionen der USA in dieser Region steht.

Auf Distanz zu den Sandinisten

Während der 40-jährigen Somozadiktatur hat keine der bundesdeutschen Regierungen jemals Kritik an den Verhältnissen in Nicaragua geübt. Im Gegenteil: bis zu dessen

Flucht am 17. Juli 1979 pflegte die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Somoza, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) wickelte fröhlich seine Projekte ab, und noch im Dezember 1978 gab es eine Kredithilfe in Höhe von 10,5 Mio. DM. Im Mai 1979 (!) stimmte der Vertreter der BRD im Internationalen Währungsfond für die Auszahlung eines Kredits in Höhe von 66 Mio. US-Dollar an die marode Diktatur.

Die Somozisten hinterließen der Revolutionsregierung ca. 1,5 Mrd. Dollar Auslandschulden. Den größten Teil dieser Summe - Kredite für Entwicklungs- oder Wiederaufbauprojekte nach dem Erdbeben von 1972 - hatte Somoza auf seine Privatkonten ins Ausland geschafft. Die neue Regierung wurde von den Gläubigern, auch von der BRD, gezwungen, diese Schulden als ihr „Erbe“ anzuerkennen.

Das war die *Grundvoraussetzung*, um



Kredite für den Mitte 1979 tatsächlich beginnenden Wiederaufbauprozeß zu erhalten. Gleichzeitig waren diese 1,5 Mrd. Dollar, die niemals der nicaraguanischen Bevölkerung zugute gekommen waren, ein Grundstein dafür, daß das neue Nicaragua langfristig abhängig bleibt.

Die internationalen Hilfeleistungen flossen interessanterweise - auch aus der BRD - in den ersten Monaten nach dem Sieg über die Diktatur viel spärlicher als nach dem Erdbeben 1972.

Die Regierung des damaligen US-Präsidenten Carter knüpfte ihre Hilfe schon am Anfang an Bedingungen: z.B. durften Gelder nicht in Krankenhäuser eingesetzt werden, wo auch kubanische Ärzte arbeiteten! Da die nicaraguanische Revolutionsregierung einen von den USA unabhängigen Kurs verfolgen wollte, stand neben diesen Behindern auf wirtschaftlicher Ebene immer die militärische Bedrohung im Raum. Schon Ende 1981 bewilligte die US-Regierung erstmals offiziell Gelder für den Aufbau der Contra (s. Artikel zur Contra).

Das BMZ röhmt sich, in den ersten Jahren nach 1979 umfangreich und vorbehaltlos die neue Regierung in Nicaragua unterstützt zu haben. Genaue Untersuchungen haben allerdings ergeben, daß den Nicaraguanern bis Anfang 1984 zwar große Summen, 113,5 Mio. DM, in Aussicht gestellt wurden, davon aber noch nicht einmal 50% zur Auszahlung gekommen sind.

In den zuständigen Bundestagsausschüssen machte man schon im September 1979 kein Hehl daraus, daß es hauptsächlich darum ging, Nicaragua weiterhin militärisch, politisch und wirtschaftlich möglichst eng an „den Westen“ anzubinden. Dabei spielten die „sicherheitspolitischen Interessen“ der USA in dieser Region für alle Bundesregierungen seit 1979 eine wichtige Rolle. Ein kleines Beispiel mag dies belegen: Anfang 1982 berichtete der sozialdemokratische Entwicklungshilfeminister Offergeld im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, er habe sich vor seiner damaligen Nicarguareise zunächst nach eventuellen Vorbehalten der US-Regierung erkundigt, um politische Irritationen zu vermeiden.

Schulterschluß mit den USA

Hatte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung 1981/82 weitgehend stillschweigend die Entwicklungshilfeleistungen für Nicaragua einschlafen lassen, so geriet Nicaragua seit Herbst 1982 durch die neue Bundesregierung, besonders das BMZ, verschärft unter Beschuß: Nicaragua wurde als das Land abgestempelt, welches seine Revolution in die gesamte Region exportieren wolle (Belege sollten - die nie bewiesen - Waffenlieferungen an die salvadorianische Guerilla sein). Außerdem würden die Menschenrechte in Nicaragua mit Füßen getreten. Das waren für das BMZ die Gründe, die Entwicklungshilfe praktisch einzufrieren.

Bis heute ist es nicht zu einem vollständigen Stop der Entwicklungshilfe für Nicaragua gekommen. Noch immer arbeiten z.B. einige Expertinnen des DED dort. Dies ist sicherlich der breiten Kritik an der BMZ-Politik, gerade auch aus den verschiedenen Sektoren der Solidaritätsbewegung, zu verdanken.

Als am 30.4.1983 der Freiburger Arzt Tonio Pflaum von der Contra im Norden Nicaraguas ermordet wurde, verurteilte das BMZ nicht etwa die Contra und ihre Hintermänner in Washington. Sie nahmen Tonio Pflaums Ermordung zum Anlaß, den Einsatz westdeutscher Entwicklungshelfer in Nicaragua einzuschränken, aus „Sicherheitsgründen“. Dieses zynische Verhalten legte die Bundesregierung auch im letzten Jahr an den Tag, als sie die nicaraguanische Regierung für die Entführung von 8 Brigadisten und die Ermordung von Bernd Koberstein verantwortlich mache! Sie forderte, alle Internationalisten aus den nicaraguanischen Kriegsgebieten abzuziehen, da sie um deren Sicherheit besorgt sei. Ihren Bündnispartner USA als Drahtzieher dieser Terrorakte der Contra wollte sie aber nicht kritisieren.

Entwicklungshilfeminister Warnke kommentierte im Dezember 1983 die US-Invasion auf Grenada mit den Worten, es handele sich um eine 'Warnung an Nicaragua, daß man seine Souveränität nicht ungestraft mißbrauchen könne.' Etwas moderater hatte der damalige Staatssekretär im BMZ, Köhler

(CDU), schon im Oktober 1982 formuliert: „Die Vereinigten Staaten haben in dieser (der zentralamerikanischen, Anm. d.Verf.) Region unmittelbare und natürliche sicherheitspolitische Interessen, dies sollte seit der Raketenkrise in Cuba jedermann bewußt sein.... Unsererseits ist dieser reale Standpunkt nicht nur als besonderer Bestimmungsfaktor einzubeziehen, sondern er muß auch als legitim akzeptiert werden und jeder moralischen Belehrung entzogen werden.“



Jürgen Warnke, der als Minister des BMZ die US-Invasion auf Grenada als 'Warnung für Nicaragua' würdigte

Mit dieser Haltung hatte sich die Bundesregierung neben den USA zum klarsten Verfechter einer harten Linie gegen Nicaragua gemacht. Praktisch akzeptierte sie alle US-Aktionen gegen Nicaragua: den Aufbau der Contras seit 1981, die Verminung der Häfen 1984, das Handelsembargo 1985 und die ständigen Großmanöver an den nicaraguanischen Land- und Seegrenzen seit 1983. Die Unterstützung der Bundesregierung für diese aggressive Politik bestand einerseits in der ständigen Denunzierung Nicaraguas als „marxistisch-leninistisches Terrorregime“, andererseits in der Einfrierung der Entwicklungshilfe und der Durchsetzung von Kreditsperren in internationalen Institutionen.

Die Diskussion um die nicaraguanischen Wahlen im November 84 machte eines beson-

ders deutlich: das nicaraguanische Revolutionsprojekt sollte zerstört werden. Für Jürgen Warnke z.B. ging es nicht mehr darum, ob die Sandinisten Wahlen machten oder nicht, sondern darum, daß „sie nicht auf die Revolution verzichten wollten.“ Die Wahlen wurden in der hiesigen Debatte nicht als Ausdruck der politischen Willensbildung anerkannt. Viel wichtiger war für viele bundesdeutsche Politiker in dieser Zeit die Forderung nach einem Dialog zwischen der nicaraguanischen Regierung und der Opposition, selbstverständlich unter Einschluß der Contra. Solche Forderungen sollen dazu beitragen, der Contra auf politischer Ebene langsam aber sicher Anerkennung zu verschaffen. Diese ideologische Unterstützung für die Contra aus der BRD ist inzwischen zum unverzichtbaren Bestandteil des Krieges gegen Nicaragua geworden (s. Artikel zur Contra). Parallel dazu wird in der öffentlichen Diskussion die Entwicklung in El Salvador zu der Alternative für die gesamte zentralamerikanische Region erklärt.

Soldaten der Salvadorianischen Armee. Die Gewehre vom Typ G3 stammen aus der Bundesrepublik



Foto: Armin Wertz

Wundersame Demokratisierung in El Salvador

Die Bundesregierung war auch im Falle El Salvadors zu einer engen Zusammenarbeit mit den USA bereit. Erklärtes Ziel war die Verhinderung eines zweiten Nicaragua. Deswegen sollte mit allen Mitteln der Guerillabewegung FDR/FMLN das Wasser abgegraben werden. Dazu diente neben der Aufrüstung und Ausbildung der salvadorianischen Armee durch die USA der Aufbau einer zivilen Alternative zu den Militärregierungen der 70er und Anfang der 80er Jahre. Die zivile Regierung sollte das beschädigte internationale Ansehen El Salvadors wieder aufpolieren und wirtschaftliche Unterstützung für das Land mobilisieren.

An diesem Prozeß hat die BRD an vorderster Stelle mitgewirkt. Bereits im Mai 1983 wurde demonstrativ die Wiederentsendung eines Botschafters nach San Salvador bekanntgegeben (der frühere Botschafter war 1981 aus Sicherheitsgründen abgezogen

worden). Im Jahr 1984 wurde die Entwicklungshilfe für El Salvador wiederaufgenommen und mit großem publizistischem Aufwand quasi als „Ausgleich“ für die laufende Entwicklungshilfe an Nicaragua gegründet. Pikant ist dieser Vorgang, weil in Wirklichkeit ab 1983 nur noch verschwindend geringe Summen nach Nicaragua flossen, während in den Jahren 1984-1987 mindestens 50 Mio. DM nach El Salvador gegangen sind. Von „Ausgleich“ also keine Rede, eher von „Austausch“.

Da in El Salvador trotz hektischer Suche von BMZ-Experten kaum entwicklungspolitisch sinnvolle Projekte zu finden waren, sind diese Gelder bisher fast ausschließlich für „Warenhilfe“ ausgegeben worden. Im Gegensatz dazu sind in Nicaragua genügend sinnvolle Projekte vorhanden. Das bestätigen nicht nur verschiedenste Nichtregierungsorganisationen wie 'medico international' oder 'Dienste in Übersee', sondern auch ausdrücklich die BRD-Botschaft in Managua. Deshalb begründet das BMZ seine Entwicklungshilfesperre inzwischen auch nur noch mit der angeblichen „Destabilisierung der Region“.

Mit dieser Warenhilfe finanziert die Bundesregierung den Krieg der salvadorianischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung und entlastet den Hauptfinanzier, die USA, der seit 1980 täglich (!) rund 1 Mio. US-Dollar ins Land pumpt.

Zwar wurde 1984 der Christdemokrat Duarte mit großer internationaler Unterstützung in den Präsidentensessel gehievt, aber die Probleme des Landes sind in keiner Weise gelöst worden: eine echte Agrarreform als ein Kernstück einer Veränderung der Machtstrukturen ist nicht in Sicht und die Repression gegen Gewerkschafts- und Menschenrechtsorganisationen geht weiter. Da die Guerilla auch von der inzwischen hochtechnisierten und hervorragend ausgebildeten salvadorianischen Armee militärisch nicht besiegt werden konnte, werden jetzt zusätzlich andere Mittel eingesetzt. 1985 wurden durch Flächenbombardements der salvadorianischen Luftwaffe regelrechte Flüchtlingsströme der Zivilregierung produziert, um die Ausweitung der Guerillaaktivitäten zu verhindern. Seit Mitte

1986 wird unter Führung der Armee ein ziviles Wiederaufbauprogramm realisiert. Vorrangiges Ziel dieses Programms ist die politische und wirtschaftliche Kontrolle der Zivilbevölkerung. Genau in diesem Zusammenhang wird seit einiger Zeit ein Teil der bundesdeutschen Entwicklungshilfe eingesetzt und ist so Bestandteil der Befriedungspolitik in El Salvador, die ernsthafte Veränderungen verhindern soll.

Polizeihilfe für Guatemala

Die Entwicklungshilfe für Guatemala, die seit 1986 wieder fließt, hat ähnliche Ziele und Hintergründe wie die für El Salvador. Auch dort ist mit der Präsidentschaft des Christdemokraten Cerezo im Januar 1986 eine demokratische Fassade aufgebaut worden, hinter der der brutale Krieg gegen diejenigen weitergeht, die gegen die Vorherrschaft von Militär und Großgrundbesitzern kämpfen. Selbstverständlich stützt die Bundesregierung auch diesen „Demokratisierungsprozeß“, der allerdings bisher die wirtschaftlichen und militärischen Machtstrukturen Guatemalas unangestastet ließ. Höhepunkt dieser Unterstützung war sicherlich die Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für die guatemaltekische Polizei mit Geländewagen, Motorrädern und Funkausrüstungen Ende 1986. Damit demonstrierte die Bundesregierung international ihr Vertrauen in die 'demokratische Öffnung' Guatemalas und leistet gleichzeitig einen materiellen Beitrag zur Unterdrückung der Opposition.

Zwei Seiten der gleichen Medaille

Die hier vorgestellten außen- und entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung ergänzen die Politik der USA gegenüber der zentralamerikanischen Region. Das gemeinsame Ziel ist die Verhinderung grundlegender sozialer Veränderungen in Zentralamerika, die der jahrhundertelangen Ausbeutung ein Ende bereiten könnten, von der Länder wie die USA oder die BRD immer profitiert haben.

Genau deshalb wird die nicaraguanische Revolution auf allen Ebenen bekämpft, deshalb werden in El Salvador und Guatemala zivile Regierungen etabliert, die drohende soziale Umwälzungen im Keim ersticken sollen.

In dieser Auseinandersetzung spielen die USA militärisch die Hauptrolle. Mit ihrer Außen- und Entwicklungspolitik schafft die Bundesregierung mit die Bedingungen dafür, daß die USA - relativ erfolgreich - ihrem schmutzigen Geschäft nachgehen können.

Andreas Gampert

Materialhinweise

Jenseits der Propaganda

Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika. Herausgegeben von den Informationsstellen zu Mittelamerika. Vorwort von Helmut Frenz. Edition Nahua, Wuppertal 1987. 80 Seiten, DM 7,80.

Teófilo Cabestrero

Unschuldiges Blut - Zeugenaussagen aus dem Contra-Krieg gegen Nicaragua. Edition Nahua, Wuppertal 1987. 148 Seiten, DM 14,80.

Joseph Collins u.a.

Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua. Edition Nahua, Wuppertal 1986. 232 Seiten, DM 24,80.

Ali Schwarz, Manfred Ernst

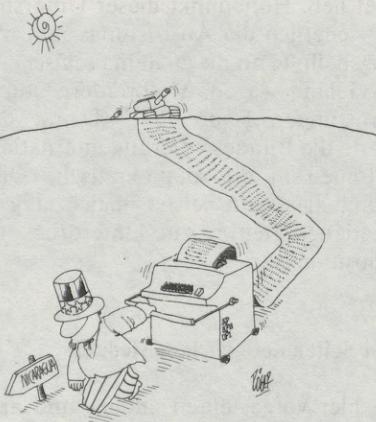
Denn sie wissen, was sie tun. Zwischen Solidarität und Boykott - BRD und Nicaragua. FDCL Verlag, Berlin 1985. 336 Seiten, DM 19,80.

Jochen Hippler

Krieg im Frieden - Amerikanische Strategien für die 3. Welt: Counterinsurgency und Low-Intensity Warfare. Pahl Rugenstein, Köln 1986. 177 Seiten, DM 12,80.

Jochen Hippler

Das Modell El Salvador. Hrsg.: Informationsstelle El Salvador e.V., Edition Nahua, Wuppertal 1987. 128 Seiten, DM 16,80.



„Fast 60% aller Nachrichten, die sich auf den lateinamerikanischen Kontinent beziehen, werden von den US-Agenturen UPI und AP zusammengestellt. So wird der Welt ein völlig verfälschtes Bild von Lateinamerika vermittelt.“

Alle in dieser Broschüre erwähnten und die hier aufgeführten Titel können über die Edition Nahua, dem Verlag des Informationsbüro Nicaragua e.V., bezogen werden. Die Versandbuchhandlung der Edition Nahua bietet darüberhinaus ein breites Programm an Büchern, Broschüren und anderen Materialien zum Thema Mittelamerika an. Bitte fordern Sie das Verlags- und Vertriebsverzeichnis an:

Edition Nahua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1



Spenden für die Kampagne Nicaragua muß überleben

Wir hoffen, daß die Berichte in dieser Broschüre Ihnen gezeigt haben, wie dringend das heutige Nicaragua auf internationale Hilfe angewiesen ist. Hilfe - das ist zum einen unsere politische Solidarität, um den eigenen Entwicklungsweg Nicaraguas darzustellen und zu verteidigen. Hilfe bedeutet aber insbesondere auch direkte materielle Unterstützung zu leisten. Wir bitten deshalb um Ihre Spende für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“.

Rückantwort an: Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

Ich beteilige mich an der Aktion *Nicaragua muß überleben* mit einer einmaligen/mehrmaligen Spende oder einem Dauerauftrag in Höhe von DM

Ich werden den Betrag am/jeweils am überweisen an das

Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00, Kto. Nr 976 738
Stichwort: Nicaragua muß überleben

Name Organisation
Straße Ort
Datum Unterschrift

Spenden für die Arbeit des Informationsbüro Nicaragua e.V.

Die Arbeit des Informationsbüro Nicaragua wird immer schwieriger, denn sie ist jenen ein Dorn im Auge, die einen eigenständigen Entwicklungsweg Nicaraguas torpedieren wollen und die zugleich über die Möglichkeit verfügen, den Zugang des Informationsbüros Nicaragua zu Zuschüssen nichtstaatlicher Organisationen zu blockieren. Um die Projekt- und Informationsarbeit durchführen zu können, müssen wir Personal-, Telefon-, Telex-, Druck-, Porto-, Büromaterial-, Fahrt- und unzählige andere Kosten tragen. Dafür behalten wir 10 Prozent der projektbezogenen Spenden ein. Das reicht jedoch nicht aus, um die Kosten zu decken, die uns als Koordinierungsstelle der bundesdeutschen Solidaritätskomitees, bei Kampagnen und bei unserer (Gegen-)Öffentlichkeit entstehen. Wir sind angewiesen auf Spenden, die direkt für diese Arbeit gedacht sind. Diejenigen, die dafür Verständnis haben, bitten wir um Spenden unter dem Stichwort „Öffentlichkeitsarbeit“.

Einzugsermächtigungen, Daueraufträge:

Einzugsermächtigungen und Daueraufträge sind uns eine große Hilfe, da diese uns in die Lage versetzen, unsere Arbeit besser zu planen, und es erlauben, das finanzielle Risiko von Projekten einzugehen, die sich über einen

längeren Zeitraum erstrecken. Bitte fordern Sie die notwendigen Unterlagen an. Bei Daueraufträgen bitten wir um eine schriftliche Benachrichtigung, da wir den/die Spender(in) sonst nicht ermitteln können.

Spendenquittung:

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. ist ein vom Finanzamt Wuppertal als gemeinnützig anerkannter Verein und somit berechtigt, steuerlich absetzbare Spendenquittungen auszustellen.

Wenn Sie eine Spendenquittung wünschen, dann machen Sie bitte einen entsprechenden Vermerk auf das Überweisungsformular.

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen der Zahlkarte darauf, daß Ihr Name und Ihre Adresse deutlich zu lesen sind. Ohne (lesbare) Absenderanschrift können wir keine Spendenquittungen ausstellen. Vermerken Sie bitte Ihre Adresse auch unter „Verwendungszweck“. Aus dem Adreßfeld erfahren wir oft nur noch den Namen.

Unser Konto:

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Konto 976 738, Stadtsparkasse Wuppertal,
BLZ 330 500 00
Stichwort: „Öffentlichkeitsarbeit“

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. versendet zweimal im Jahr einen Rundbrief an seinen großen Verteiler, der eine aktuelle Einschätzung zur Lage in Mittelamerika und der Solidaritätsbewegung hier enthält, sowie weitere ergänzende Materialien. Wenn Sie/Ihr in unsere Adresskartei aufgenommen werden möchten, senden Sie/Ihr uns doch bitte den untenstehenden Abschnitt wieder zurück.

Rückantwort an: Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

Ich bin an regelmäßigen Informationen zu Nicaragua interessiert:

Name
Straße

Vorname
Ort

INTERVENTION IN MITTELAMERIKA UND DER KARIBIK MATERIALIEN UND DOKUMENTE

HERAUSGEGEBEN VON
JOCHEN HIPPLER

Dieses Loseblattwerk im stabilen Ordner stellt ein umfassendes Informationspaket zum Thema „Intervention“ dar, das trotz seiner analytischen Dichte und Qualität hohe Übersichtlichkeit wahrt und einen gezielten Zugriff auf einzelne Themenbereiche erlaubt.

Es eignet sich deshalb auch hervorragend zur Gruppenarbeit, Seminarvorbereitung etc. Es enthält vielfältige Beiträge, gegliedert in den Themenfeldern ● US-Strategie ● Die Region ● Einzelne Länder ● Europäische Interessen, und enthält einen ausführlichen Adreß- und Literaturteil.

STAND DES GESAMTWERKES IM OKTOBER 1986:

I. Zur US-Strategie

1. Hippler: US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika
2. Klare: Ein „starkes Amerika“ in der Dritten Welt
3. Klare: Die Verteidigung der westlichen Interessen
4. COHA: Reorganisierung des Büros für Interamerikanische Angelegenheiten geht weiter
5. Reagan: Mittelamerika: Die Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen
6. Dodd: Antwort der demokratischen Partei an Präsident Reagan
7. Bericht der Kissinger-Kommission (Auszüge)
8. Geheimpapier des Nationalen Sicherheitsrates der USA
9. Nuscheler: Die Entwicklungspolitik der Reagan-Administration
10. Hippler: Ein Überblick über die Struktur der US-Auslandshilfe

II. Die Region

1. Birns: Vorbereitete Stellungnahme für ein Hearing zu Mittelamerika der Bundestagsfraktion der Grünen am 17. und 18. März 1984 in Bonn
2. Kwinty: Ein unsauberer Bericht? - Offensichtliche Fehler beeinträchtigen das „Weißbuch“ der Regierung über Rote in El Salvador
3. Morell/Biddle: Mittelamerika - Der Finanzkrieg
4. v. Aarsen: Opfer der „Befreiungspolitik“: Salvadoranische Flüchtlinge in Honduras
5. Scheben: Sisyphus arbeitet für den Frieden: Die Contadora-Initiative
6. Danby/MacMichael/Schneidermann: Das militärische Gleichgewicht in Mittelamerika
7. Hippler: Erfahrungen der Intervention: Guatemala 1954 und Kuba 1961

III. Einzelne Länder

Nicaragua

1. Hippler: Krieg gegen Nicaragua (1981-1984)
2. Hippler: Krieg gegen Nicaragua - Die Entwicklung der Jahre 1984/85

El Salvador

1. Taubmann: Korruption und Verschwendungen charakterisieren US-Entwicklungshilfe an Lateinamerika
2. Nairn: Hinter den Todeschwadronen
3. Leach/Miller/Hatfield: Die amerikanische Hilfe an El Salvador und ihre Strategie

Guatemala

1. Recknagel/Müller: Guatemala - die militarisierte Gesellschaft

Mexiko

1. Baitemann: Die Beziehungen zwischen Mexiko und den USA

IV. Europäische Interessen und Politiken

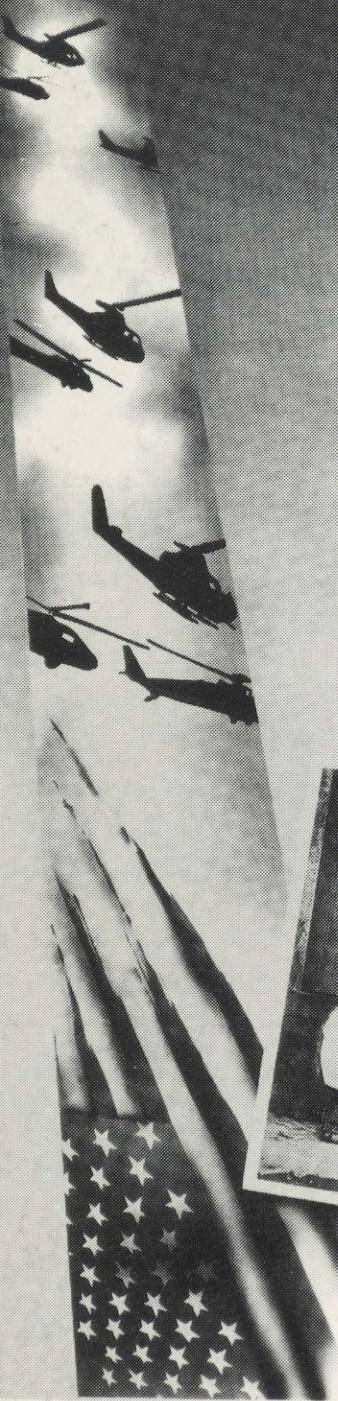
1. Hage: Die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik in Mittelamerika
2. WIM: Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua
3. Hentsch: Der diskrete Charme der internationalen Sozialdemokratie - Zur Rolle der SI und der SPD in Mittelamerika

V. Literatur, Abkürzungen und Adressen

Für Bezugsbedingungen fordern Sie bitte unseren ausführlichen Sonderprospekt an.

Edition Nahua

5600 Wuppertal 1 · Postfach 1013 20



Nicaragua muß überleben

Internationale
Solidaritätskampagne für
die Revolution in Nicaragua



Spendenkonto: 976 738 Stadtsparkasse Wuppertal
Stichwort: Nicaragua muß überleben